

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauhaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5spaltige Zeilzeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauhaer Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Politik und Gewalt.

Leipzig, 3. Juni.

Von zwei Seiten ist in den letzten Wochen den sentimentalen Doktrinen des Opportunismus die Nase auf den ewigen Zusammenhang zwischen Politik und Gewalt gestoßen worden. In Belgien hat die parlamentarisch organisierte Politik der Arbeiterpartei einige Augenblicke lang an die Gewalt des Massenaustritts appelliert, um im entscheidenden Moment das schon halb aus der Scheide gezogene Schwert wieder zurückzustecken und die Kraftprobe zu vertagen. Und in Rußland hat eine junge, noch in der Ekstase der Begeisterung glühende Bewegung nach Tolls Geschloß gegriffen und an einigen Bestien in Menschengestalt eigenmächtig das Amt der Nojustiz vollzogen — allerdings ohne dazu durch die legitime Macht der Staatsgewalt autorisiert zu sein. Hier haben wir das politische Attentat als die primitive Notwehr der durch barbarische Tyrannengewalt Geknechteten und Geknieteten; hier steht die nackte Gewaltthat des Attentäters gegen die rohe Gewalttätigkeit seiner Henker, die sich gar durchsichtig in den löcherigen Mantel der Staatsautorität kleidet, um ihre Bestialitäten zu legitimieren. Dort steht die organisierte Massengewalt des Generalstreiks gegen den staatlichen Machtapparat der herrschenden Klassen und einer Regierung, die nur einer Partei dient; das staatliche Gefüge der heutigen Gesellschaft, das nichts anderes ist als die rechtliche Formulierung und Organisierung der Ausbeutung und Erpressung, wird in seinen Grundfesten erschüttert durch eine Massenaktion, die auf den Druck der Staatsmacht und ihrer gesetzlichen Einrichtungen mit dem elementaren Gegendruck der organisierten Vahmlegung der gesellschaftlichen Funktionen antwortet. Bismarck hat einmal zutreffend den Krieg als die Fortsetzung der Diplomatie in anderen Formen bezeichnet; und so gewiß sich die gegenseitige Abgrenzung der Machtsphären unter den nationalen Großmächten nach dem Schwergewicht ihrer latenten militärischen Machtmittel vollzieht, so sicher bestimmt sich in den gesellschaftlichen Klassenkämpfen die Verteilung der politischen Kräfte im Verhältnis der positiven realen Machtfaktoren, die jede Klasse für sich mobil zu machen und zu organisieren versteht. Freilich weist der moderne soziale Klassenkampf eine wesentliche Bereicherung des Arsenal der Kampfmittel auf, und während es noch zu Lassalles Zeiten uneingeschränkt galt, daß das Recht in letzter Linie geschöpft werde aus den Bindungen der Kanonen, sind heute die Kanonen im Machtkampf der Völker wie in den Klassenkämpfen der Gegenwart nur noch in bedingtem Sinne die ultima ratio der Kämpfenden.

Das Gebiet der Anwendung der rohen Gewalt ist durch die kapitalistische Entwicklung selbst einigermaßen eingeeignet

worden. Wie der moderne kapitalistische Staat den Krieg verhorrtesziert und die Erhaltung des Friedens durch unausgelebte Waffencrüstungen und groteske Allianzen erkauft, so bangt ihm auch instinktiv davor, das letzte Wort der Klassenherrschaft auszusprechen und in großen politischen Machtkämpfen an die Entscheidung des Schwerts zu appellieren, so locker ihm auch diese Wehr zur Niederschlagung partieller Emeuten in der Scheide sitzen mag. Die herrschende Gesellschaft spielt dabei ein hohes Spiel, und schon die allgemeine Militärpflicht bringt es mit sich, daß in Staaten mit einer starken, zahlreichen Arbeiterbewegung das Militär kein absolut sicherer Faktor mehr ist. Und gegen die rein passiven Waffen des modernen Klassenkampfes, gegen Streik und Generalausstand, würden die militärischen Machtmittel überhaupt so lange versagen, als der Klassenstaat nicht in voller Desperation zu brutalen Gewalttätigkeiten schreiten und sich durch einen ausgeübten Rechtsbruch, durch einen Staatsstreik, moralisch ins Unrecht setzen würde. Trotz aller dieser Reserven besteht aber doch die alte geschichtliche Wahrheit auch heute noch zu Recht, daß die physische Gewalt und ihre verschiedenen Organisationen in letzter Linie auch über die Geschichte der Klassenkämpfe entscheiden.

Für die Arbeiterklasse scheint diese Ueberlegung auf den ersten Blick eine recht trostlose Perspektive zu stellen. Wenn man zuseht, wie die moderne kapitalistische Entwicklung den staatlichen Machtapparat immer ausschließlicher in die Hände der herrschenden Klassen spielt, wie die oberen Behauptungen selbst in parlamentarischen Republiken mit allgemeinem, direktem Wahlrecht — das angeblich der Kommunismus der politischen Gewalt sein soll — die politische Gewalt einzig und allein für sich zu monopolisieren wissen, wie dieselbe kapitalistische Entwicklung aus dem Polizei- und Militärstaat des vormärzlichen Deutschland das moderne kaiserliche Deutsche Reich gemacht hat, wie in allen Ländern industrieller Hochkultur, gleichgültig welcher Staatsverfassung, in der Alten wie in der Neuen Welt, die herrschende Klasse Mittel und Wege gefunden hat, alle entscheidenden staatlichen Machtpositionen zu besetzen und besetzt zu halten, so sollte eine derartige Betrachtung auch die gutmütigsten Schwärmer für die „allmähliche Demokratisierung und Sozialisierung der Gesellschaft“ an ihrer Weisheit irre machen. Der Parlamentarismus besteht nur von Kapitalismus Gnade; wo jener ihm gefährlich wird, zögert er keinen Augenblick, die parlamentarischen Befugnisse zu korrigieren, das Wahlrecht in seinem Sinne zu ändern, und er giebt Verschiebungen der politischen Machtverhältnisse nur insoweit zu, als er durch das organisierte Proletariat dazu gezwungen wird. Derartige Zwangsmittel giebt es gar

mancherlei; es giebt den schüchternen Zwang der öffentlichen Meinung, dem der Klassenstaat da noch weichen kann, wo er sich selbst noch nicht zu kapitalistischer Reife entwickelt hat; allein die Mißerfolge dieser Bestrebungen einer demokratischen Wahlrechtsreform in Baden und in Württemberg und neuerlich auch wieder das bayerische Experiment beweisen, daß auch in dieser kleinbürgerlichen Welt die Regierungen wissen, welche Stunde es geschlagen hat; und die Wahlrechtsänderung in Sachsen rückt die Möglichkeit auch eines Raubs des Reichstagswahlrechts in greifbare Nähe. Dieser Gefahr gegenüber, die die Existenz der sozialdemokratischen Partei und ihre Organisation in ihren Grundfesten bedroht, kann sich das klassenbewußte Proletariat in Deutschland nicht früh genug die Frage vorlegen, wie ein derartiger Schlag zu parieren wäre, und die Erörterung dieser Frage führt mitten hinein in die ewig gegenwärtigen, wenn auch latenten, Zusammenhänge zwischen Politik und Gewalt und damit in die Erörterung schärferer Zwangsmittel.

Es ist eine nicht alltägliche Ironie der Geschichte, daß derselbe Bernstein, dessen Name die sozialen Friedensprediger aller Parteien jahrelang nur als den eines politischen Friedensengels kispelten, diese Frage zuerst mit konkreter Beziehung auf die deutschen Verhältnisse gestellt hat, nachdem schon einige Wochen zuvor unsere Redaktionskollegin Rosa Luxemburg, die in der bürgerlichen Vorstellung die Rolle einer *bête noire* spielt, das Ergebnis der letzten belgischen Wahlrechtskampagne in der Neuen Zeit dahin formuliert hatte, daß der Massenstreik für das belgische Proletariat das einzig mögliche und erfolgversprechende Kampfmittel gewesen wäre. Ja, Bernstein geht noch insoweit über Frau Luxemburg hinaus, als er die Unwendbarkeit des Generalstreiks für Deutschland bejaht und unter bestimmten Voraussetzungen empfiehlt, während Frau Luxemburg, allerdings in etwas beiläufiger Weise, stark bezweifelt hatte, ob die sozialen und politischen Bedingungen für den Generalstreik in Deutschland gegeben seien. Bernstein hat in einer Versammlung des ersten Berliner Wahlkreises nicht nur bestritten, daß durch den Ausgang des Kampfes in Belgien der politische Massenstreik als Kampfmittel widerlegt worden sei, sondern er hat ihn geradezu als Waffe, als wirksames Demonstrationsmittel zu einer Wahlrechtsänderung in Preußen bezeichnet. Die deutsche Sozialdemokratie, führte Bernstein aus, habe keinen Grund, den politischen Massenstreik zu diskreditieren, sondern allen Grund, seine Strategie zu studieren. Das ist auch eine Revision, aber nicht eine Revision der Grundfrage, sondern der tatsächlichen Kampfmittel, und über eine solche diskutiert es sich leichter und angenehmer.

Seuiletton.

48) *Redaktion verboten.*

Niobe.

Roman aus der Gegenwart von Jonas etc.

Mehr und mehr fühlte sie, wie schwierig es sei, Winka Wesen auf den Grund zu kommen.

Sie konnte bissoeilen so zart, so voll liebevollen Verständnisses sein, aber immer war es doch, als müsse man wieder von vorn beginnen. Und wenn sie glaubte, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, wo das Eis brechen werde, dann glitt sie ihr wieder leise aus den Fingern.

Am liebsten wußte sie den vertraulichen Gesprächen aus, in denen von Zukunftsaussichten und Plänen die Rede sein konnte; geschah es dennoch, dann nahm ihr Antlitz einen ängstlichen, gequälten Ausdruck an.

In der letzten Zeit war sie unruhig und gänzlich unberechenbar in ihrem Thun; sie fuhr oft erschreckt zusammen und ließ sich gleichsam nur scheu mit jemandem in ein Gespräch ein, hatte viele Briefe empfangen und viele geschrieben.

Obgleich Frau Baarvig niemals die Adresse gesehen, wußte sie doch, daß es Barberg sei, mit dem sie korrespondierte.

Und nun berichtete man ihr, daß er wieder da sei und auf der Eisenbahnstation wohne.

Es mußte ihm wohl von neuem geglückt sein, Winka mit diesem unglückseligen hypnotischen Mystizismus zu umgarnen.

Die Beeinflussung hatte damit begonnen, einen einzelnen Willensstrang zu betäuben oder zu überreizen — und drohte nun nach und nach den ganzen Menschen aufzureiben — alle Selbständigkeit, den ganzen Charakter zu zerfehen, zu zerreißen. — Voll Verzweiflung erblickte sie Winka als willenloses Medium vor sich — das Opfer eines Hypnotiseurs, der ihr seine Ideen einblies — eine wandelnde Leiche.

Njel stieg langsam, auf jeder Stufe innehaltend, die Steintreppe empor. Er suchte die Mutter vergeblich in allen Zimmern, schritt wie ein Nachtwandler durch das ganze Haus und tastete sich endlich bis vor die Thür der Winkammer.

Draußen auf dem Rollboden vernahm er Frau Bentes Stimme, die dort mit Winka Wäsche zusammenlegte und das Leinwandzeug für den Umzug ordnete.

Als er zur Thüre hereinstolperte, bedeckte Frau Baarvigs Antlitz eine fahle Blässe, eine unnatürliche Starrheit; ihre Züge wurden scharf.

Njel lehnte sich an die Wand, richtete sich auf und stöhnte. Dieses Stöhnen klang wie der heisere Anfaß zu einem Gebrüll, das er nicht auszustößen vermochte.

„Konkurs, Mutter — vor Gericht geladen, heute nachmittag um drei Uhr — wegen der Sparkasse,“ klang es abgebrochen, stoßweise — „und — und heute abend werde ich — verhaftet, ich weiß es.“

Sein Oberkörper hing schlaff vornüber, als könne er ihn nicht tragen; sein Antlitz war grünlich-blaß; die Augen starrten voll Angst und der Mund war idiotisch geöffnet.

„Es geht schief, Mutter,“ ächzte er höhl, „ich ging bankrott von Hause fort.“

Endre war ihm nachgegangen; er wußte schon von allem Bescheid. „Hier ist ein Glas Cognak, Njel — von Deinem eigenen — trink, Du hast es nötig.“

Njel wies matt das Glas von sich.

„Du mußt versuchen, Dich aufzuraffen. — Nicht — nicht schmecken. — Man muß sein Schicksal wie ein Mann ertragen — was es auch sein mag — jedenfalls den Schein wahren — nicht zusammenstürzen — — nur vor dem Tode,“ meinte er theatralisch.

„Sklave — unbedingt Galeerenklave,“ presste Njel heiser hervor.

„Hier, trink etwas Wasser, Njel,“ sprach Frau Baarvig; „leg Dich, set Dich in diesen Stuhl.“

Er schluckte einige Mund voll Wasser.

„Heute nachmittag, Mutter — heute — nach — —“ seine Hand zitterte derart, daß sie das Glas nehmen mußte.

„Daß Dich doch nicht so gänzlich übermannen, Njel,“ — Frau Bente strich ihm gestesabwesend mit der Hand über Haar und Stirn; sie atmete mühsam, kurz — „Gieb nicht alle Hoffnung auf . . . Deine Mutter, die Dich empfangen und geboren, wird nicht die Hand von Dir abziehen, Njel.“

„Galeerenklave —“ wimmerte Njel. —

Erschöpft sah er in dem Stuhl und ließ den Kopf hängen, während seine Mutter ihm die Stirn trockenete. Endre begann mit verschränkten Armen auf und ab zu schreiten.

„Es können Umstände eintreten — wichtige Umstände, die es notwendig machen, daß man sich eine Ueberlicht schafft — sich zum Herrn der Situation emporschwingt . . . Wenn die gewöhnlichen, bürgerlichen Begriffe nicht mehr ausreichen, wenn ein Mann sozusagen

Im Rahmen dieser Betrachtung können wir die weitergehenden Anregungen Bernsteins über die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen im Verein mit den Liberalen und seine besonderen Vorschläge auf Obstruktion der Wahlhandlung zc. einer Specialbesprechung vorbehalten und uns auf die Kernfrage, die praktisch viel näher liegt, konzentrieren, die Frage der Anwendbarkeit des politischen Massenstreiks zur Abwehr von Wahlrechtsplänen. Hier ist der politische Massenstreik als wesentlich defensives Kampfmittel gedacht, was nicht allein der Passivität seiner Natur mehr zu entsprechen scheint, sondern ihm auch sichere Chancen des Erfolges verspricht. Die im politischen Massenstreik demonstrierende Arbeiterschaft würde hier als die Verteidigerin von Staatseinrichtungen auf die politische Kampfbühne treten, sie müßte eine erhebliche Masse des Kleinbürgertums, vielleicht sogar des Kleinbauernums, in die Bewegung mitreißen — Gesellschaftsgruppen, deren einziges politisches Ausdrucksmittel das allgemeine gleiche Wahlrecht ist, während dem Proletariat noch eine Reihe anderer verbleiben — sie würde in diesem Kampfe wesentlich nur die Aristokratie der Junker, Großindustriellen und — wahrscheinlich — die „edlen Herren der Kirche“ gegen sich haben, die allerdings über den allmächtigen und allgegenwärtigen Machtapparat der staatlichen und militärischen Gewalt und der kirchlichen Autorität verfügen, aber doch wohl sich dreimal befinden würden, ob sie die Flinten schießen und den Säbel hauen ließen, um ihre Revolution von Oben zu machen. Denn um eine solche würde es sich im gegebenen Falle handeln, und die Revolution von Unten, die ihren Ausdruck im politischen Massenstreik der Arbeiterschaft fände, wäre die einzig mögliche legale Waffe, die mit Aussicht auf Erfolg gegen die Wahlräuber geschwungen werden könnte.

Das Proletariat von heute ist nicht machtlos; es ist nicht aller physischen Machtmittel widerstandslos beraubt. Dieselbe kapitalistische Entwicklung, die die Staatsgewalt immer ausschließlich in die Hände seiner Unterdrückten und Ausbeuter spielt, schafft die unwichtige Organisation des Proletariats in den Fabriken und Werkstätten, und diese unwichtige Organisation zu einer bewußt und einheitlich geleiteten zu machen, ist die Bedeutung des tagtäglichen Klassenkampfes. Erst die höhere, die politische und gewerkschaftliche Organisation des Proletariats macht aus ihm einen realen Machtdrager, eine positive Gewalt, die hinter seiner Politik in den Parlamenten steht und an dem Tage in volle Aktion tritt, an dem es seinen Gegnern beliebt, die Rechts- und Machtphären der Gesellschaftsklassen zu seinen Ungunsten verschieben zu wollen. Ein derartiger Appell an die Gewalt müßte von dem Proletariat mit einer Mobilmachung aller seiner gesellschaftlichen Kräfte beantwortet werden, — wenn der ganze politische Kampf von heute etwas mehr sein soll, als das müßige und unterhaltbare Spiel der parlamentarischen Illusion.

Politische Uebersicht.

Ein zweites Triest.

Die k. k. Regierung in Oesterreich kennt gegen Streikende noch Flinten und Bajonette. Die Ereignisse in Triest sind noch nicht vergessen, da berichtet schon der Telegraph in unverfälschter Offiziösheit von neuen blutigen Zusammenstößen zwischen Militär und Streikenden. Da heißt es:

Lemberg, 2. Juni. Zwischen streikenden Bauarbeitern und der Polizei sowie Militär kam es zu wiederholten Zusammenstößen, wobei von der blanken Waffe Gebrauch gemacht wurde.

Nach dem Polizeibericht sind bei dem Zusammenstoße fünf Gufaren durch Steinwürfe, zwanzig Arbeiter durch Säbelschläge und drei Arbeiter durch Gewehrschüsse verwundet worden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist Militär requiriert.

Lemberg, 2. Juni. Nachmittags fand auf dem Kozoucz Platz abermals ein Zusammenstoß zwischen den streikenden Arbeitern und einer Militärabteilung statt, welche von der Feuerwaffe Gebrauch machte. Drei Personen wurden tödlich verletzt und sind im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. Gegenwärtig herrscht wieder Ruhe.

aufserhalb der Gesellschaft steht, dann betrachtet man den Standpunkt von dieser Seite, wählt außerordentliche Mittel und Wege.“ Er wandte sich um: „Versteht Du mich, Kjell? — ich rate Dir auf das allerentschiedenste, zu flüchten, das Land zu räumen, Deine Existenz irgend wo jenseits des Oceans zu begraben — um Deiner selbst und Deiner Familie willen.“

Kjell blickte ihn verständnislos an; in seinem Antlitz stand deutlich geschrieben, daß hier jeder Gedanke an eine positive Handlung ausgeschlossen sei.

Ende ließ sich auf die Bank niederfallen und baumelte in heftiger Gemütsregung mit den Beinen.

„So, wie die Sachen stehen, könnte man fast versucht sein, resolut zu werden — kurz entschlossen Arnts Dynamitpatronen drinnen in der Gerätekammer einen Schlag mit dem Beil geben . . . in Verzweiflung geraten — auf irgend etwas Schreckliches verfallen.“ . . .

Eine Weile starrte er Kjell an.

„Hör einmal, Kjell, ich, Dein Bruder, werde Dich heute nachmittags bis vor die Thür des Gerichtsgebäudes begleiten; ich gedenke der öffentlichen Meinung zu trotzen.“

Als und zu fuhr Minka unruhig in die Höhe, setzte sich dann wieder, bedeckte die Augen mit der Hand und starrte voll Grauen auf des Bruders gebrochene Gestalt. Plötzlich stieß sie gleichsam mit der Hand diesen Anblick von sich und begann jammern:

„Jetzt kann ich nur gleich meines auch sagen . . . Du mußt wissen, Mutter — ich — ich wollte Dich bisher nicht damit betreiben, aber nun — — — Ich habe Barberg meine Zustimmung gegeben! . . . Kann nicht anders — will auch gar nicht anders,“ eiferte sie nervös, außer sich — „ich will es selber, sage ich Dir, Mutter —

Das Blutbad kam gestern sofort im österreichischen Abgeordnetenhaus zur Besprechung. Ueber die Verhandlungen liegt uns zur Stunde nur der offiziöse telegraphische Bericht vor. Danach hatte Abg. Daszynski einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, worin die Regierung aufgefordert wird, über die Vorgänge in Lemberg, bei denen, wie verlautet, 15 Personen erschossen und 10 schwer verletzt worden seien, sofort Aufklärung zu geben. In der Begründung der Dringlichkeit führt der Abg. Daszynski unter heftigen Ausfällen gegen die Regierung, den Ministerpräsidenten und den Statthalter von Galizien aus, daß sich die ausständigen Bauarbeiter in Lemberg musterhaft benommen hätten. Mit dem Vorführen der Bajonette und der Schießerei auf das Volk müsse es endlich ein Ende nehmen. In Lemberg seien gestern vormittag fünf Salven abgegeben worden. Das Blut der gefallenen Arbeiter werde nicht ungeküßt bleiben, und er verlange vor allem, daß der Ministerpräsident über diese Angelegenheit ungehäumt Aufklärung gebe. Redner wird wegen eines die Krone beleidigenden Ausdrucks vom Präsidenten zur Ordnung gerufen, ebenso der Abg. Ebersch wegen eines den Statthalter von Galizien beleidigenden Juruses.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber erklärt: Mir ist von dem Vorfall, der sich in Lemberg zugegetragen haben soll, nicht mehr bekannt, als was ich aus einem Telegramm in den hiesigen Zeitungen entnommen habe. Ich kann ja meinerseits nur bedauern, wenn sich die Nothwendigkeit erwiesen hat, mit solchen Mitteln einzugreifen. Da aber die näheren Umstände des ganzen Vorfalls noch völlig unbekannt sind, darf man nicht derartige Vorwürfe gegen die bewaffnete Macht, wie sie insbesondere vom Vorredner vorgebracht worden sind, ohne genaue Kenntnis des Sachverhalts erheben. Ich darf versichern, daß seitens der zuständigen staatlichen Behörden gewiß mit aller Vorsicht vorgegangen wird (Zwischenruf), und daß der Eintour, daß wir etwa ein Vergnügen daran finden, mit solchen Mitteln die Ordnung aufrecht zu erhalten, haltlos ist. Darauf aber muß die Regierung bestehen, daß dem Besetze Kühlung verschafft werde, und daß derjenige, der sich gegen das Gesetz vergeht, auch entsprechend zur Verantwortung gezogen werde. (Lärm.) Sobald ich über den Vorfall nähere Nachrichten haben werde, werde ich nicht ermangeln, dieselben zur Kenntnis des hohen Hauses zu bringen. (Zwischenruf; allseitige Unruhe.)

Abg. Ebersch verweist auf die letzten Vorfälle sowie auf andere Ausstände und erklärt, wenn ein Staat nur durch Bajonette und Flinten gegen die eigenen Volksgenossen aufrecht erhalten werden könne, so verdiene er nicht aufrecht erhalten zu werden. Redner bepricht die traurige Lage der Bauarbeiter, beklagt die Einflußlosigkeit im Parlament und verlangt strengere Bestrafung der Schuldigen sowie Erlass von Instruktionen zur Vermeidung von Wiederholungen solcher blutiger Vorfälle.

Der Präsident teilt mit, der Antragsteller habe den Antrag dahin abgeändert, daß die Regierung aufgefordert werde, „ohne Säumnis“ Aufklärungen zu geben.

Abg. Daszynski erklärt im Schlußwort, der Ministerpräsident sei in bezüglichen Fällen nie genügend unterrichtet. Aus dem Polizeibericht gehe hervor, daß sechs Gufaren durch Steinwürfe verwundet, drei Arbeiter durch Gewehrschüsse schwer und 20 leicht verwundet seien. Es sei also jedenfalls geschossen worden. Das Haus müsse verlangen, daß die Angelegenheit so rasch als möglich geklärt werde. Die Dringlichkeit und das Meritorium des Antrags werden hierauf angenommen.

Nächste Sitzung morgen.

Es ist genau wie in Triest; der Herr Minister weiß von nichts. Die amtlichen Rapporte sind noch nicht eingetroffen; sie müssen erst redigiert werden. Unsere Parteigenossen sind rascher unterrichtet als die k. k. Bureaufraße, deren amtliche Umständlichkeiten noch aus dem Zeitalter der Postkutsche datieren. Der Despotismus, der die streikenden Bauarbeiter niederzählen und niederknallen läßt, findet seine einzige Wilderung in der Schlamperei der amtlichen Rapporterstattung. Und die letzte Vollenbung österreichischer Wiser bildet das Parlament, das einen Minister anhört, der es mit der elendesten Bureaufraßenläge abspießt, — daß er von nichts wisse!

Der Jubel der Sieger.

In ihrem politischen Heiligthum, im Parlament, kamen gestern die Vertreter des britischen Volkes zusammen, um die Mitteilungen ihrer Regierung über die Friedensbedingungen entgegenzunehmen. Lord Balfour verlas das Abkommen über die Uebergabe der Burenstreitkräfte, das von der britischen Regierung gebilligt worden ist und nunmehr der endgültigen Ratifikation des Parlaments harret. Ueber den Inhalt der Friedensakte und deren Verlesung verlautet:

ihm folgen — habe mich ihm angeschlossen . . . Er wird mein Impresario für hypnotische Sitzungen sein, wird, mit mir als Medium, den neuen Wahrheiten draußen in der Welt Eingang verschaffen.“

Mit weit aufgerissenen Augen blickte Frau Bente sie an.

„Du schaust mich an, Mutter, seit einigen Monaten schon haben Barberg und ich diese Verbindungen getroffen. Ich besitze einmal diese eigentümliche Gabe, die er nun dirigieren und ausbilden wird . . . Ich muß meinem Berufe folgen.“

Frau Bentes Antlitz ward starr, die Blässe des Entsetzens, ein Schatten von Wahnsinn zeigte sich darauf.

Es tönte wieder wehe — wehe in der Luft . . . lang anhaltendes Rufen — überirdisches Jammern . . .

Sie schaute . . . und schaute . . . sah die ganze Zukunft vor sich . . .

. . . Minka, die gleich einer automatischen Gliederpuppe mit den Armen um sich schlug — innerlich hohl und leer.

Und dort ging der andere, Zukunftslose, umher und fassete von Dynamit . . .

Kjell stand plötzlich an der Wand mit einem zu beiden Seiten herdarstehenden Halsseifen . . .

Und alles erschien ihr mit einem Male so zermalmend, so überwältigend; es war viel mehr, als Arnt und Rassi, als Baarvig's Name ertönen konnte.

Langsam, starr, fremd, drohend blickte Frau Bente die drei Kinder an.

Ihr versteintes Antlitz war aschfahl, totenbleich, als sie in die Gerätekammer hineinglitt.

Ruhig suchte sie Arnts Blechkasten mit den Dynamit-

Artikel 1 lautet: Die Burghers im Felde legen sofort die Waffen nieder, übergeben alle Kanonen und Waffen, sowie die Kriegsmunition, die in ihrem Besitze oder unter ihrer Obhut sich befinden. Sie stehen von weiterem Widerstande gegen die Autorität des Königs Eduards VII. ab, dem sie alle gesetzliche Souveränität zuerkennen.

Artikel 2: Alle Burghers im Felde außerhalb der Grenzen Transvaals und der Oranjesolonie und alle Kriegsgefangenen, die jetzt außerhalb Südafrikas sich befinden und Burghers sind, werden, sobald sie sich als Unterthanen König Eduards VII. erklärt haben, zurückgebracht, sobald die notwendigen Beförderungs- und Subsistenzmittel geschafft und gesichert sind.

Artikel 3: Die auf diese Weise sich ergebenden und zurückkehrenden Burghers werden ihrer persönlichen Freiheit oder ihres Eigentums nicht beraubt. (Beifall auf den oppositionellen Banken.)

Artikel 4: Weber in Transvaal noch in der Oranjesolonie wird ein Strafverfahren gegen die sich ergebenden oder zurückkehrenden Burghers eingeleitet für Handlungen im Zusammenhang mit dem Kriege.

Diese Klausel bezieht sich jedoch nicht auf gewisse Handlungen, die den Kriegsgebräuchen widersprechen. Diese sollen sofort nach Schluß der Feindseligkeiten vor einem Kriegsgericht verhandelt werden. Die holländische Sprache (Natal-Dialekt) wird in den öffentlichen Schulen Transvaals und der Oranjesolonie gelehrt, wo die Eltern dies wünschen, und ist auch vor den Gerichtshöfen gestattet, wenn sie für eine wirksame Ausübung der Rechtspflege nötig ist. Der Besitz von Gewehren ist in Transvaal und in der Oranjesolonie den Personen gestattet, die sie zu ihrem Schutze bedürfen, wenn sie einen geeigneten Erlaubnisschein dafür erhalten. Die militärische Obrigkeit soll sobald wie möglich durch eine Civilverwaltung ersetzt werden, und sobald die Umstände es gestatten, sollen repräsentative Instanzen, die zur Selbstverwaltung führen, eingeführt werden. Die Frage, ob den Eingeborenen das Wahlrecht zu gewähren ist, soll erst nach Einführung der Selbstverwaltung geprüft werden. Eine spezielle Steuer zur Zahlung der Kriegskosten soll auf den Grundbesitz in Transvaal und in der Oranjesolonie nicht gelegt werden. Sobald die Verhältnisse es gestatten, wird in jedem District eine Kommission eingesezt, in der ein Beamter den Vorsitz hat und die Einwohner des Districts vertreten sind, um den Leuten bei der Wiedererfassung in ihre Heimstätten Beistand zu leisten und denen, die infolge der Kriegsverluste außer Stande sind, sich damit zu versehen, Nahrung, Obdach, Saatgut und anderes, was zur Wiederaufnahme einer normalen Beschäftigung nötig ist, zu liefern. Die englische Regierung wird der Kommission drei Millionen Pfund Sterling zur Verfügung stellen. Sie gestattet, daß alle Noten, die unter dem Besetze I. von 1900 in der südafrikanischen Republik emittiert wurden und alle von Offizieren oder auf besondere Ordre gegebenen Empfangscheine einer juristischen, von der Regierung ernannten Kommission eingehändigt werden, und wenn solche Noten und Empfangscheine von der Kommission als berechtigt zum Besitz und als für eine wertvolle Gegenleistung ausgegeben befunden werden, sollen sie als Beweise der Kriegsverluste gelten, die die Personen erlitten haben, denen sie ursprünglich gegeben worden sind. Außer der oben erwähnten freien Dotation von drei Millionen Pfund Sterling wird die Regierung bereit sein, Vorschüsse als Darlehen für denselben Zweck zinslos auf zwei Jahre zu gewähren, die hernach mit 8 Prozent verzinsbar sein sollen. Kein Küstländer oder Rebell wird berechtigt sein, von dieser Klausel zu profitieren. (Lauter Beifall auf den ministeriellen Banken.)

Walfour erklärt: Es giebt gewisse wichtige Punkte, die in dem eben verlesenen Schriftstück, welches das am Sonnabend abend unterzeichnete Dokument ist, nicht enthalten sind. Milner hat an Chamberlain eine Depesche gerichtet, welche das verlesene Schriftstück ergänzt und in der es heißt: Nachdem ich den Buren-delegierten eine Abschrift des Entwurfs des Abkommens eingehändigt hatte, las ich ihnen folgende Erklärung vor und gab ihnen eine Abschrift derselben, nämlich: die Behandlung der Kap- und Natalkolonien, die im Aufstande waren und die sich jetzt ergeben, wird, wenn sie nach ihren Kolonien zurückkehren, von den kolonialen Regierungen und gemäß den Gesetzen der Kolonie entschieden; britische Unterthanen, die sich dem Feinde angeschlossen hatten, werden dem Gerichtsverfahren des Reichs des britischen Reichs unterworfen, dem sie angehören. Die britische Regierung ist von der Kapregierung benachrichtigt worden, daß ihre Ansichten hinsichtlich der Bedingungen, die denjenigen britischen Unterthanen, welche jetzt im Felde stehen oder sich ergeben haben oder seit dem 12. April 1901 gefangen genommen worden sind,

patronen hervor, ergriff das Beil und — einen wilden, rätselhaften Schrei ausstoßend — schlug sie zu — — —

Am Vormittage, ein Viertel vor elf, erlebte man eine gewaltige Explosion oben im Doktorhause auf Elbsät. Das Unglück muß durch zufälliges Anzünden irgend welcher dort aufbewahrter Dynamitpatronen geschehen sein.

Die eine Seite des Hauses war völlig zertrümmert, und zwischen den Steinen, den Brettern und Balken fand man vier verstümmelte Leichen — Frau Bente Baarvig und ihre drei erwachsenen Kinder. — — —

Ende.

Humoristisches.

Eine neue Respektsperson. Lehrer: „Also meine lieben Kinder, wir sprachen in der letzten Stunde vom vierten Gebot. Karlsen, was haben wir da gelernt?“ — Karlsen: „Wir lernten, daß wir unsere Eltern achten und ihnen gehorchen sollen.“ — Lehrer: „Gut, mein Sohn. Aber wir sollen auch noch anderen Leuten Achtung erweisen. Nenne mir einmal Jemand, Max.“ — Max: „Wir sollen der Obrigkeit Achtung erweisen.“ — Lehrer: „Schön, und wem noch?“ — Max: „Unserm Lehrer.“ — Lehrer: „Schön, Maxchen. Aber wem sollt Ihr vor allen Dingen Achtung erweisen. Sag Du's, Paulchen, Du weißt's gewiß.“ — Paulchen: „Wir sollen der Dampfwaage Achtung erweisen.“ — Lehrer: „I, wie kommst Du denn darauf?“ — Paulchen: „Ja, an unserer Straße steht's doch: Achtung vor der Dampfwaage.“

Auch eine Diagnose. Hausfrau (ärgerlich): „Da hat der Arzt bei der letzten Krankheit meiner Frau doch eine falsche Diagnose gestellt; er meinte, ich sollte ihr eine Pelzgarntur kaufen, und jetzt will sie ein Automobil!“ (H. Bl.)

Kasernenhoffläute. Feldwebel: „Kerls streng Euch an! Ob Ihr wollt oder nicht — ganz egal! Ihr seid nicht Boten, sondern Soldaten!“ (H. Bl.)

berührt werden sollen, folgende sind: Gemeine Soldaten sollen, nachdem sie sich ergeben und ihre Waffen ausgeliefert haben, vor dem Magistrat des Distrikts, wo die Uebergabe erfolgt, ein Schriftstück unterzeichnen, in welchem sie sich des Hochverrats schuldig bekennen; ihre Strafe soll, vorausgesetzt, daß sie nicht des Todes oder einer Handlung schuldig sind, die gegen die Gewandlung civilisierter Kriegsführung verstößt, darin bestehen, daß sie lebenslanglich nicht berechtigt sind, in die Wählerlisten eingetragen zu werden oder bei Parlamenten, Provinzialräten, oder Municipalwahlen zu stimmen. Friedensrichter, Feldjournets und überhaupt alle Personen, die eine amtliche Stellung unter der Regierung, oder eine autoritative Stellung bezw. ein Kommando bei den Nebellen- oder Bürgerstreitkräften hatten, sollen wegen Hochverrats vor die gewöhnlichen Gerichte des Landes oder vor solche Gerichte gestellt werden, die hierfür gesetzlich gebildet sind; ihre Bestrafung soll diesen Gerichten mit der Maßgabe überlassen sein, daß unter keinen Umständen Todesstrafe zu verhängen ist. Die Regierung von Natal ist der Ansicht, daß die Kolonien gemäß dem Besetze der Kolonie zu behandeln sind. Balfour fährt alsdann fort: Das Abkommen ist unterzeichnet worden von Kitchener und Milner im Namen der englischen Regierung, von Steijn, Debet, Oltvier, Herzog im Namen der Orange-Regierung und von Schall Burger, Reich, Louis Botha und Delarey im Namen der Transvaal-Regierung.

Nach Balfour ergreift Campbell Bannerman das Wort; er begrüßt den König und das Land zu dem Abkommen und erklärt, er behalte sich jeden Kommentar vor, bis die Schriftstücke vorgelegt würden.

Auf eine Frage Lockwoods, ob das Haus nicht bis morgen vertagt werden solle, erwidert Balfour, er könne diese Anregung nicht unterstützen, und fügt hinzu, er werde baldigt ein Dankeswort für Kitchener und das Heer beantragen.

Im Oberhaus gab Lord Salisbury dieselbe Erklärung ab wie Balfour im Unterhaus. Rosebery begrüßte die Regierung herzlich zum Friedensschluß und hofft, daß von nun an eine neue Epoche des Friedens, des Wohlstandes und der kommerziellen Entwicklung für Südafrika beginnen werde.

Der allgemeine Jubel hat einen stark metallischen Unterton. Die Börse jubiliert am lauesten und ihr Jubel ist sicher am tiefsten empfunden. Ein Orkan von Gold soll, so hofft man allgemein, von Südafrika aus über das britische Imperium hinwegfegen und auch die Kolonien für ihre Treue zum Mutterland greifbar belohnen. Die Tage des Mangels um die Existenz des Reichs sind nun vorüber; die hohe Zeit ist da, da die goldenen Früchte des Kampfes gebrochen und genossen werden.

Der Kaiser von Oesterreich, der König von Italien und — auch der deutsche Kaiser haben Glückwunschsbesuche an Eduard VII. geschickt. Es sind nun 7/8 Jahre seit dem Telegramm an Krüger verfloßen.

Deutsches Reich.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 2. Juni. Die bereits vor Monaten angekündigte große politische Aktion der Junier ist heute in Scene gegangen und programmäßig verlaufen.

Zur Beratung standen zwei Anträge: 1. der Antrag der Abgg. Graf Limburg-Stürum (kons.) u. Gen.:

Die Regierung aufzufordern, im Bundesrate dafür einzutreten, daß den von der Mehrheit der Reichstags-Justizkommission ausgedrückten Wünschen auf Verstärkung des landwirtschaftlichen Ausschusses über die Zolltarifvorlage hinaus, entsprochen werde;

2. der Antrag der Abgg. Frhr. v. Zedlitz (kons.) u. Gen.:

Die Regierung aufzufordern, im Bundesrate dafür einzutreten, daß eine Verständigung mit dem Reichstage betreffs der von der Justizkommission gefassten Beschlüsse auf Verstärkung des Ausschusses für die Landwirtschaft über die Sätze der Zolltarifvorlage hinaus, herbeigeführt werde.

Unter Bismarck sind wiederholt Reichstagsangelegenheiten im Landtage erörtert worden; er hat wiederholt geäußert, daß es durchaus dem liberalen Charakter des Reiches entspricht, wenn auch die Einzelhandlung in wichtigen Fragen ihre Stimmen erheben. Unter seinen Nachfolgern hat sich eine bestimmte Praxis nicht herausgebildet. Der Sitzakturschwanke auch in dieser Beziehung hin und her. So ging, um nur ein Beispiel zu erwähnen, die Anregung zur Einbringung der Buchhandelsvorlage von Preußen aus, und zwar war es eine von der Regierung bestellte Arbeit, die die Schorfmacher im Landtage leisteten. Noch im Januar des vorigen Jahres hat Graf Wilow an der Beratung der zum landwirtschaftlichen Etat eingebrachten agrarischen Anträge, die sich inhaltlich mit dem Antrag Limburgs decken, lebhaften Anteil genommen. Heute ist er anderer Meinung. Nach einer kurzen Erklärung, daß die Regierung es ablehne, sich an der Beratung der Anträge zu beteiligen, da die Zolltarifgesetzgebung zur ausschließlichen Kompetenz des Reichstages gehöre, verließ er mit dem Stabe seiner Getreuen den Saal.

Dieser theatralische Abzug verfiel völlig seinen Eindrücken. Die Stimmung im Hause wurde dadurch höchstens noch gereizter, und der Begründer des konservativen Antrags, Abg. v. Seydewitz, machte denn auch aus seinem Herzen keine Mühe, sondern bedachte die abwesenden Minister mit einigen nicht gerade schmeichelhaften Bemerkungen. In der Sache selbst legte der konservative Redner natürlich nichts Neues; seine Rede war eine der gewöhnlichsten agrarischen Wahlsreden, mit denen der Bund der Landwirte seit Jahren haufieren geht; sie war, wie Eugen Richter sich drastisch ausdrückte, mehr ein Hornschrei als eine Rede.

Mitler in Form und Inhalt war die Rede des Abg. Frhr. v. Zedlitz (freikons.), die in der Erklärung gipfelte, daß die Freikonservativen sich an der weiteren Debatte nicht beteiligen und im Falle der Ablehnung ihres Antrags sich bei der Abstimmung über den Antrag Limburgs der Stimme enthalten würden. Auch die Nationalliberalen erklärten, daß sie es ablehnen müßten, zu den Anträgen Stellung zu nehmen. Trotzdem konnte es sich später der nationalliberale Abg. Dr. Sattler in seiner eifigen Selbstgefälligkeit nicht verheissen, eine ebenso langweilige wie überflüssige Rede für die von der Regierung vorgezeichneten Zollsätze vom Stapel zu lassen.

Im allgemeinen war die Debatte so uninteressant wie möglich. Nur die Abgg. Richter (freik. Wp.) und Frhr. v. Wangenheim (kons.) vermochten für einige Zeit die Aufmerksamkeit des Hauses auf sich zu lenken, ersterer durch die scharfe Tonart, die er anguschlagen für nötig hielt. Sprach er doch sogar davon, daß durch das Verhalten der Regierung das Vertrauen zum Hohenzollernhause befallen erschwert sei! Es ist das alte Lied: Die „Stützen des Thrones“ sind solange stützlos, wie sie sich Vorteil davon versprechen; bringt ihnen die monarchische Bestimmung nichts ein, dann revidieren sie sie.

Das Resultat der Abstimmung stand von vornherein fest. Nach Ablehnung des Antrags Zedlitz wurde der Antrag Lim-

burg-Stürum in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 79 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Konservativen und — das Centrum, während die Freikonservativen sich der Abstimmung enthielten. Die gesamte Linke stimmte dagegen, von den Polen war niemand anwesend.

Für Mittwoch ist ein neuer agrarischer Vorstoß geplant. Diesmal ist es auf die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruches ländlicher Arbeiter abgesehen. Morgen fällt die Sitzung aus.

Freireligiöse Rückständigkeit.

In Offenbach a. M. tagte am Sonntag der Verbandstag der deutschkatholischen und freireligiösen Gemeinden Süddeutschlands. Die Verhandlungen sind insofern von einigem Interesse, als sie darthun, daß auch die in der Sturm- und Drangperiode des deutschen Bürgertums geborene freireligiöse Bewegung, genau wie der Liberalismus und bürgerliche Demokratismus, völlig entartet ist, und sich in ihrem Echn, mehr als gut ist, von kapitalistischen und gesellschaftlichen Rücksichten leiten läßt. Das trat besonders deutlich zu Tage bei der Beratung über die Betätigung der freireligiösen Prediger im öffentlichen und privaten Leben. Verschiedentlich sind innerhalb der Gemeinden Stimmen laut geworden, die das politische Hervortreten einzelner Prediger verurteilten. Besonders wird den Predigern von mancher Seite verübelt, wenn sie sich etwas weit nach links abdrücken, das heißt mit der politischen Arbeiterbewegung liebäugeln. So soll z. B. die freireligiöse Gemeinde zu Frankfurt a. M. sehr ungehalten darüber gewesen sein, daß der freireligiöse Prediger Weller in Wiesbaden bei der Reichstagswahl in Wiesbaden im Herbst v. J. offen für die sozialdemokratische Kandidatur Duars eingetreten ist, und bei manchen anderen Gelegenheiten sich nicht schonte, die jämmerliche Halbheit und stiltliche Schwäche des liberalen Bürgertums mit aller Schärfe zu verurteilen. Auch seine freimütige Kritik des Hurrapatriotismus und Chauvinismus bei der Demeufizierung in Schierstein ist manchem der „freireligiösen“ Vertreter unangenehm aufgefallen. Bei der Beratung des genannten Gegenstandes nahm man von verschiedenen Seiten Anlaß, in persönlichen Ausfällen das öffentliche Auftreten Wellers im ganzen zu verurteilen, während zahlreiche Delegierte in diesem Auftreten nur die politische Klugheit (lies Genchheit) vermißten. Weller trat diesen Vertretern und Klugheitspolitikern ziemlich scharf entgegen. Er meinte, die individuelle Freiheit eines Predigers dürfe in keiner Weise gehemmt oder beschnitten werden. An manchen Orten steht man aber heute zu sehr auf das Gemeinwohl und stellt dafür das allgemeine Interesse zurück.

Der Prediger soll nach meinem Dafürhalten in erster Linie der freireligiösen Sache im allgemeinen dienen: sie ist es, der er sein bestes geweiht; seine arbeitslose Existenz als Prediger einer Gemeinde ist für ihn nur Mittel zum Zweck; will er seinen Idealen folgen, dann wird ihm die Gemeinde im Vergleich zur Sache wenig sein. Wo aber das Interesse unserer Sache liegt, das bedarf für den Unbefangenen keiner weiteren Untersuchung. Wie Paulus und Barnabas einst zu den Juden sagten: „Weil Ihr unser Wort von Euch stoßt, so wenden wir uns zu den Heiden“, so muß der freireligiöse Prediger heute erkennen, daß das sogenannte Bürgertum nicht stiltliche Kraft genug besitzt, das die Führung in unserer Bewegung zu übernehmen, — daß das Bürgertum wie politisch, so auch auf rein religiösen und geistlichen Gebieten abgewirtschaftet hat in dem Sinne, daß von ihm große Taten unter gewöhnlichen Umständen nicht zu erwarten sind. In der Masse des körperlich arbeitenden Volkes, da blüht unsere Zukunft, da keimen die Ideale unserer Bewegung, da findet sich auch die stiltliche Kraft, der stiltliche Wille, der stiltliche Mut, diese Ideale in die Wirklichkeit umzusetzen. Wohl meine ich nicht, daß wir von der sozialdemokratischen Partei als solcher, obgleich sie allein ethische Prinzipien mit Kraft vertritt, in der nächsten Zukunft für unsere Sache viel zu erwarten hätten und das eine intensive politische Tätigkeit in dieser Richtung von uns aus diesem Grunde gefordert werden müsse, nein, aber zu den organisierten Arbeitern der Gewerkschaften müssen wir uns auf die Hand legen und ihrem Herzen unser Herz entgegenbringen — dann gewinnen wir für unsere Sache Menschen, die da hungert nach innerer Gerechtigkeit und innerem Frieden, — Seelen, die nach Wahrheit sehnen verlangen. Wenn darum für uns Prediger eine Direktive für unsere Betätigung im öffentlichen und politischen Leben gegeben werden sollte, dann könnte es nur diese sein: „Tragt das Evangelium der neuen Zeit in die Hinterhäuser und Dachstuben hinein, in die Stätten der Armut und in die Orte, wo die Elenden und Bedrückten zusammenkommen, um mitzuarbeiten für Menschenglück und Menschenvürde!“

Zum Schluß empfahl Weller folgende Resolution:

Der 10. Verbandstag der deutschkatholischen und freireligiösen Gemeinden Süddeutschlands kann sich der Ansicht nicht verschließen, daß von dem Bürgertum angefaßt der tiefbedauerlichen stiltlichen Schwäche, die die überwiegende Mehrheit derselben in der Stellungnahme zu religiösen Fragen bekundet, für unsere Sache ohne den Eintritt außergewöhnlicher Umstände kein Heil zu erwarten ist, und legt es darum den Gemeinden und Predigern bringen aus Herz, ihre Propaganda mehr als bis jetzt in das arbeitende Volk, besonders in die gewerkschaftlichen Organisationen hineinzutragen, weil alle Anzeichen darauf hindeuten, daß dort mit dem aufrichtigsten Verlangen nach dem Wahren, Guten und Schönen auch die stiltliche Energie gepaart ist, die diese Ideale verwirklichen will und kann.

An diese Resolution schloß sich eine heftige Debatte. Besonders scharf wurde die Resolution vom Prediger Bursche-Rodthausen bekämpft; dieser sei ein Feind für das Bürgertum, eine Huldigung für die Arbeiterklasse; zu beiden läge keine Veranlassung vor. Weller antwortete darauf: „Die Resolution sei kein Feind gegen das Bürgertum, sondern ein Feind für die liberale Genchheit und Charakterlosigkeit — keine Huldigung für die Arbeiterklasse, sondern eine Anerkennung des in ihr wohnenden Hungers nach Wahrheit und ihrer stiltlichen Energie. Aber davon wollten die „freireligiösen“ Prediger nichts wissen; sie lehnten die Resolution mit allen gegen die Stimme Wellers ab. Um so mehr feierte dann bei den folgenden Verhandlungsgegenständen und abends auch bei einer atambenischen Feier die freireligiöse und liberale Phrase Orgien. Die freireligiöse Bewegung ist alt und entartet geworden. Aus lauter Toletanz, die aber in diesem Falle mehr der Feigheit als wahrer Duldsamkeit entspringt, hat sie längst vor dem Liberalismus die Segel gestrichen und sie selbst verpfaßt, weshalb auch die Arbeiter der ganzen freidenkerischen und freireligiösen Bewegung keinen Geschmack abgewinnen können und ihr jetzt gleichgültig gegenüber stehen.“

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

d. Weil er eine Majestätsbeleidigung verbrochen haben soll, verurteilte die Essener Strafkammer, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, den Zimmerpöcker W. Ischort aus Gelsenkirchen zu drei Monaten Gefängnis.

* Berlin, 3. Juni. Die Kommission für die Iox Adices im Abgeordnetenhause hat die zweite Lesung beendet. Die Schlußabstimmung wurde ausgefällt bis zur redaktionellen Feststellung der angenommenen Beschlüsse.

Die „Trunklichkeitskommission“ des Abgeordnetenhauses hat ihre vor den Pfingstferien abgebrochenen Verhandlungen fortgesetzt und in erster Lesung dem konservativen Antrag Douglas im wesentlichen zugestimmt. Die Kommission beschloß einen Zusatz, dahin zu wirken, daß die Unterbringung unbenutzter Trunklichkeitsgeräthe nach Analogie des Fürsorgeerziehungsgesetzes erfolge.

Der Rentenfond. Aus Posen meldet ein bürgerliches Korrespondenzbureau:

Eine in Lemberg stattgefundene Konferenz des polnischen Adels beschloß als Gegenmaßregel gegen die preussische 125 Millionen-Polenvorlage die Bildung eines großpolnischen Ansiedlungsfonds in Höhe von 100 Millionen Mark für die Provinz Posen. Ein Lemberger und Warschauer Bankhaus zeichnete insgesamt 20 Millionen. Sämtliche polnischen Finanzkreise Preußens, Galiziens und Russisch-Polens sind zur Unterstützung aufgefordert.

So mußte es kommen! Auch die Annahmen haben Geld, um sich Futterplätze zu kaufen. Uebrigens werden die lieben Grundbesitzer im Osten bei diesem lustigen Krieg der Hasen und Kaninchen ein gutes Geschäft machen.

Der Sundenprozeß. Der fünfte Verhandlungstag (Montag) beginnt mit einer Diskussion zwischen dem Sachverständigen Direktor der Rheinischen Hypothekendarf Hofrat Hecht und der Verteidigung, in der letztere sich gegen die Unterstellung zu wehren sucht, einzelne Manipulationen der Preußenbank hätten eine Kollage derselben bewiesen. Geschicht weist die Verteidigung darauf hin, daß ja die Bank des Hofrats Hecht ebenfalls eine Hypothek auf ihrem eigenen Grundstücke stehen habe. Ebenso sucht die Verteidigung durch Bericht des Hypothekensachverständigen Salomon die Anschuldigung zu fügen, daß eine Hypothekendarf auch in riskanten Geschäften machen müsse. Gewährung ganz einwandfreier Darlehen sei eine Utopie.

Zu einem schwerwiegenden Zeugnis gestaltete sich die Vernehmung des Landesökonomierats Nobbe, des bisherigen Vorsitzenden des Evangelisch-sozialen Kongresses. Er war 1884 „Studien halber“ in das Kuratorium der Preußenbank und 1886 auch in das der Deutschen Grundschulbank eingetreten, hatte sich aber schon nach einem Jahre wieder zurückgezogen; die Geschäftsführungen schienen ihm zu bedenklich. Dieses Gefühl hätte auch Direktor Heinrich Schmidt geteilt, der speziell um eine solche Entdeckung der Deutschen Grundschulbank mit Ed. Sunden in fletem Kampfe gewesen habe. Schmidt habe ihm (Nobbe) damals sogar geschrieben: „Wir werden noch einmal alle nach Roabit kommen.“ In der Verhandlung erklärt Schmidt hierzu, er sei aber nie der Meinung gewesen, daß sich etwas Unrechtes in der Geschäftsführung begeben habe. Da wird also dem preussischen Gericht unterstellt, es stehe auch unschuldige hinter Schloß und Riegel. Dabei verfißt doch Herr Bankdirektor Schmidt nicht über sozialdemokratische Erfahrungen; freilich Unschuld und Unschuld ist zweierlei. Aus den weiteren Zeugenaussagen geht hervor, daß die Rolle eines Bankkuratoriumsmitgliedes verzweifelte Ähnlichkeit mit einer Kindergruppe hat, die je nach Laune bald in die Ecke geworfen, bald auf den Armen getragen wird und immer den Mund zu halten hat.

Schließlich beschäftigt sich das Gericht mit der 1896 begründeten Sundenvererbungs-Gesellschaft für Berlin und Vororte, die nach Aussage des Angeklagten Buchmüller gegründet worden war, um die Grundstücke, die er und Kommerzienrat Sunden in Substationen erwerben mußten, zu übernehmen. Das Grundkapital wurde bis 1897 auf 400 000 M. erhöht und gehörte ganz Buchmüller-Sunden, von denen aber nur 41 726 M. in bar eingezahlt waren, der Rest war in höchst minderwertigen Hypotheken gestellt.

Aus dem Agrarierparadies. Der 15jährige Milchjährling R. hatte den Dienst, den er am 1. Oktober 1901 auf ein Jahr bei dem Besitzer Mertins in Virjohlen angetreten hatte, schon am 1. April d. J. verlassen, weil die ihm gebotene Schlaflosigkeit in einer Weise mit Säusen besetzt war, daß ein längerer Bleiben nicht möglich war. Im Herdeshof, dem Schlafort der Leute, haben in einem Bette zwei Personen regelmäßig, oft aber auch drei schlafen müssen. Daß die Betten rein bezogen wurden, war ein gar seltenes Ereignis. Man sollte meinen, daß Herr R., nachdem er von dem Vater des Knaben auf die Schwelgerei aufmerksam gemacht worden war, wenigstens energisch den Versuch gemacht hätte, sein Haus zu reinigen. Das fiel ihm aber nicht ein. Es war einfacher, vom Amtsvorsteher einen Strafbefehl in Höhe von 6 M., sowie eine Verfügung auf polizeiliche Zurückführung des Jungen zu erwirken. Nun hat das 1. Justiz-Schöffengericht den Strafbefehl aufgehoben. Auch die polizeiliche Zurückführung wurde durch Vorstellung an geeigneter Stelle vereitelt.

Es ist anerkennenswert, daß man sich nicht das berüchtigt gewordene Urteil des Merseburger Amtsgerichts zum Beispiel nahm, nach dem „bei Wohnungen, welche die dem Arbeiterstande angehörigen Kreise zu benutzen pflegen, nicht derselbe Maßstab mit Bezug auf Freiheit von häuslichem Ungeziefer angelegt werden könne, wie bei Wohnungen besser gestellter Personen“.

x. Aus dem Nieberischen Wahlkreis wird uns berichtet: Zu den beiden „offiziellen“ Kandidaten Dr. Dahlem (Centr.) und Krawinkel (nat.-lib.) ist nun noch ein dritter Kandidat gekommen, der sich, wie es scheint, ernsthaft um die Erbschaft Dr. Niebers bewirbt: Der Freund der Landwirte hat die Fähigkeit gehabt, in die erbangeerbene Domäne des Centrums einzubrechen und einen eigenen Kandidaten in der Person eines Herrn Baron v. Graber aufzustellen. Nun bewerben sich drei Herren um das Mandat, von denen einer agrarfreundlicher gesinnt ist, wie der andere. Den armen Bauern auf dem Besterwald wird da die Wahl wirklich schwer werden. Viel Ansichten, gewählt zu werden, dürfte der Herr Baron allerdings nicht haben; dafür sorgt in letzter Stunde schon die Heptaplano-kralie, die in diesem Wahlkreise die große Masse der Bauern und Arbeiter noch ziemlich fest in Händen hat. Aber möglicherweise wird durch diese dreifache Kandidatur eine so große Zersplitterung herbeigeführt, daß eine Stichwahl nötig ist. Das Centrum ist vorläufig noch guter Dinge; es nimmt die Kandidatur Graber vor nicht ernst. Auch sonst merkt man in ganzen Wahlkreis noch wenig von einer Wahlbewegung. Der Centrums-kandidat hütet sich, viele große öffentliche Versammlungen abzuhalten; da läuft er wenigstens keine Gefahr, öffentlich Farbe bekennen zu müssen. — Unsererseits ist wieder Redakteur Wetters-Gießer aufgestellt.

Dierzu zwei Belegex.

Verein Vorwärts L.-Süd.

Versammlung

Donnerstag den 5. Juni abends 7 1/2 Uhr

im Gaubrinus zu L.-Connewitz.

Tagesordnung: 1. Vortrag über Umwälzungen im Innern der Erde. 2. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet [5245a] D. V.

Buchbinder-Verband.

Die Urabstimmung betreffend

werden die Kollegen aufmerksam gemacht, daß die Fragezettel bis spätestens den 7. Juni abzuliefern sind und dieselben am 5., 6. und 7. Juni im Restaurant Johannisthal in der Zeit von 7 1/2 bis 8 Uhr abends entgegen genommen werden. Sollten in einzelnen Werkstätten Fragezettel fehlen, so können solche im Restaurant Schüttels Hof, Gerichtsweg, abgeholt werden.

Gleichzeitig ersuche ich die Mitglieder, sich sämtlich an dieser wichtigen Urabstimmung zu beteiligen.

5236] Der Bevollmächtigte.

Oeffentlicher Vortrag

des bekannten Brotreformer Simons aus Soest

Thema:

Unser tägliches Brot, wie es ist und wie es sein sollte

Mittwoch den 4. Juni abends 8 Uhr im großen Saale des Livoli, Zeitzer Straße.

Eintritt frel. Eintritt frel.

Stadt Hannover.

H. Rödderich, Seeburgstraße 25-27. [1721]

Empfehle den geehrten Gewerkschaften meine Lokalitäten, Vereinszimmer u. Saal von 20 bis 300 Personen fassend. Vorzügliche Küche, Mittagstisch, Abendstamm (keine Preise). Beste Tiere. Schöne Fremdenzimmer, saubere Betten.

Restaurant zur Nonnenmühle, Leipzig

Mählig. 14.

Empfehle meine freundlichen und geräumigen Lokalitäten zur gefälligen Benutzung. G. Getränke, gute Küche. Kräftigen bürgerlichen Mittagstisch sowie jeden Sonntag Schweinsknochen. Hochachtend Gustav Linsenbarth. Gesellschaftssaal zu Vereins- und Familienfesten steht unentgeltlich zur Verfügung

Die Restbestände des Konkurs Möbel-Lagers

aus der E. Freyerschen Konkursmasse herrührend, kommen von jetzt ab andere Möbel, Spiegel u. Polsterwaren und einigen besseren Ausstattungen zu enorm billigen festen Preisen von 9 bis 1/2 Uhr, nachmittags 2 bis 8 Uhr in L.-Neustadt, Eisenbahnstraße Nr. 11, zum Verkauf. [4677]

Stroh Hüte

für Herren, Damen, Mädchen u. Kinder zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Dresdener Stroh- u. Filzhut-Industrie

Brühl 8, nahe der Gaisinstraße. [5188]

Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 2. Juni 1902.

a) Auftrieb:

- 529 Rinder und zwar 254 Ochsen, 16 Kalben, 141 Röhre, 118 Bullen;
- 512 Röhre;
- 588 Stück Schafvieh;
- 1621 Schweine und zwar 1621 deutsche, — aus 3245 Tiere.

b) Marktpreise für 50 kg in Mark.

Tiergattung	Bezeichnung	Lebens- Gewicht	Schlacht- Gewicht
Ochsen:	1. vollfleischige, ausgewärmte höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	68
	2. junge fleischige, nicht ausgewärmte — ältere ausgewärmte	—	63
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	57
	4. gering genährte jeden Alters	—	50
Kalben und Röhre:	1. vollfleischig, ausgewärmte, Kalben höchsten Schlachtwertes	—	64
	2. vollfleischige, ausgewärmte Röhre höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	61
	3. ältere ausgewärmte Röhre u. wenig gut entworfene jüngere Röhre und Kalben	—	55
	4. mäßig genährte Röhre und Kalben	—	48
Bullen:	5. gering genährte Röhre und Kalben	—	40
	1. vollfleischige höchsten Schlachtwertes	—	60
	2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	—	55
Röhre:	3. gering genährte	—	50
	1. feinste Mast- (Wollmisch-Mast) und beste Saugkälber	41	—
	2. mittlere Mast- und gute Saugkälber	38	—
Schafe:	3. geringe Saugkälber	28	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	—	—
	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	33	—
Schweine:	2. ältere Mastlamm	31	—
	3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	—	—
	1. vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	—	61
	2. fleischige	—	56
	3. gering entworfene, sowie Sauen und Eber	—	52
	4. ausländische (aus)	—	—

c) Verkauf:

- 376 Rinder u. zwar 156 Ochsen, 16 Kalben, 118 Röhre, 87 Bullen.
- 502 Röhre
- 354 Schafe
- 1896 Schweine

d) Geschäftsgang

langsam

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Zschä in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Reichs-Ecke

Stadtbekannte Küche!
Rizzi-Bräu (hell und dunkel)
Alt-Pilsener.
Reichsstrasse 45/47, Ecke Brühl.
Täglich Specialgerichte.
Telephon 5382. [9859] Paul Danneberg.

Champagner-Weißbier,

zur heißen Jahreszeit jedenfalls das erfrischendste, angenehmste und bestbekömmlichste Getränk, namentlich für Frauen und Kinder,
nicht zu verwechseln mit der jetzt in Handel gebrachten sogenannten Champagner-Weisse, sondern wirkliches Bierprodukt,
empfehlend in Gebinden und Flaschen
Dampfbrauerei Zwenkau A.-G. in Zwenkau.
Fernspr. Zwenkau 2. — Niederlage Leipzig-Pl. — Fernspr. Leipzig-Pl. 5879.

Styria-Fahrrad.

Wer ein feines, solides Rad haben will, der wähle
Bahrenner und Straßenrenner 225 Mk., Halbrenner 200 Mk., Tourenräder 160 Mk., vorjährige Bahrenner mit Doppelknotenlager 200 Mk. Zubehörteile in großer Auswahl und billigst. Laufdecken 6.50 bis 12 Mk., Luftschläuche 4 bis 6 Mk., Glocken, Laternen, Ketten, Ventilstangen, Werkzeuge etc. Vernickeln und emaltieren gefahrener Räder innerhalb 8 Tagen. Gebrauchte Fahrräder, wie neu hergerichtet, sind stets am Lager.
Edmund Störzner
Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt
Leipzig-Plagwitz
4517] Nonnenstraße 33b, Ecke Weissenfeller Straße.

Ich war kahl.

Vor noch wenigen Jahren war mein Schödel ganz kahl. Mein Vater und Grossvater waren kahlköpfig. Meiner Mutter Haar war von Natur sehr dünn. Ich hatte mich mit dem Gedanken ausgesöhnt, kahlköpfig zu bleiben, bis ich eines Tages gegenwärtig eines Abetechers durch die Schweiz, mit einem älteren studierten Herrn bekannt wurde, welcher mich im Laufe der Unterhaltung kurzweg fragte, ob ich nicht einen üppigen Haarwuchs zu besitzen wünsche.
Natürlicherweise süsser gespannt, erwiderte ich bejahend. Hierauf erzählte er mir, dass er sein Leben lang Chemie studiert und sich besonders mit der Physiologie des Haars beschäftigt habe. Zur Bekräftigung seiner Worte notierte er mir eine Formel und empfahl mir dringend, sie zusammenzustellen. Ich versuchte nicht, sobald ich Genf erreichte, dies zu thun und gebräute das Präparat eine kurze Zeit. Nach drei Wochen begann mein Haar sich zu erneuern und nach vierzig Tagen war mein Schödel vollständig bedeckt. Einen Theil der Pomade liess ich zwei Freunden zukommen; der einen, einer Dame, war das Haar fast vollständig ausgefallen. Die Stärkung des Haarbodens war in beiden Fällen vorübergehend.
Sollidem verkauft ich, nachdem hierzu von dem Gelehrten, welcher diese Entdeckung machte, Erlaubniss erhalten habe, das Cosmetium. Ich bin in der Lage, hundert von gleich erfolgreichen Beispielen einer starken Wirkung auf beide Geschlechter anzuführen. Es ist kein Geheimmittel. Ich habe kein glänzendes Plakat für dasselbe.
Neben der ausserordentlichen Nährkraft für den Haarboden bestehen dessen Vorzüge in der Anregung des Wachstums des Haars und in dessen Erhaltung. Ich garantiere, dass es keine der Haut oder dem Haare schädlichen Bestandteile enthält. Jedem Leser, welcher mir seine deutliche Adresse angibt, 20 Pfennige in Briefmarken für Porto u. s. w. unter Nennung dieser Zeitung einstellt, sende ich sofort eine kleine Probe bedingungslos gratis zu, zum Zwecke, den realen Werth des Mittels zu zeigen. Dann, wenn Sie finden, dass das Haar zu wachsen beginnt, werde Ihnen gern gegen geringen Preis ein weiteres Quantum verkaufen. Die Erledigung aller Aufträge erfolgt diskret und prompt.
Man adressiere:
John Craven-Burleigh
Berlin SW. 328 Leipzigerstrasse 84.

Sängerabteilungen

Leipzig-Thonberg-Kl.-Zschocher
Mittwoch 7 1/2 Uhr
Gemeinsame Probe
im Felsenkeller, Plagwitz.
Speise-Kartoffeln
beste Magu. bon. u. Zwiebeln werden
Mittwoch den 4. d. M. im Hofe Burgener
Straße 46 centnerweise à 1.10 Mk. verl.
Einde zum Umschütten sind mitzubringen.
Prima Speise-Kartoffeln, neue
Sendung, weiße u. blaßrote, verl. Ctr.
à 1.85 ab Spelzer, 1.60 à fr. Hans 1. Karl
Schmidt, Spelzer, Log. S. Eitner, Wilsdorfstr. 2.
ff. Spolsokartoffeln, 4 Mehen 24, 45 d.
verkauft Franz Oplitz, Volk., Luisenstr. 47.

Käufe und Verkäufe.

Vert. Küch.-Kleid.-u. Vorsaalschr., Panoel-
u. and. Sofas, Spieg. u. Sohrk., Bettst. m. M. u.
Fedr. etc. preisw. v. Pl. Wilsdorfstr. 81, L. r.
Saubergehalt. Bedeck. billig zu verkaufen
Volkmarsdorf, Bistr. 30, 11, bei Schmidt.
Verf. geb. guter Barberobef. Kind. bis
zu 2 J. zu verl. Schönef., Dimpfelftr. 48, I. r.
Prima Laufdecken 6.50 Mk.,
Prima Luftschläuche 5 Mk., Repa-
raturen an Fahrrädern schnell u. bill.
Schneider & Seldel, Kurprinzstr. 1.

Horren-Anzüge, 20 An, Rapsoh.-Anzüge

v. 15 A. wöchentl. 1 A. Rapsohstr. 3.
Gelegenheitskauf!
Rote Bett-Julets
mit kleinen unbedeutenden Flecken.
1 Oberbett, 1 Unterbett und Kissen auf
nur 5.80 A. Bettbezüge 2 A. Bettlädler
1.25 A. Damastbezüge 4 A. 5000 Meter
feinbedrucktes rotes Bett-Julets, früher 85 A.
jetzt nur 65 A per Meter. [6011]
Brühl 46/48.
Dauerhafte Bettstellen mit guten
Sprungfedern
matrasen (beste Arbeit) 25 Mk. (518
Dresdener Straße 28, Seitengeb. I.
G. Böhm, Tapezier. (via-à-vis Pantheon).
250 Waschbretter, aus Konkurs von
4489] Nürnberger Str. 32, Schlabe.
Waschgef. all. Art v. b. Reuschf. b. Rabets.
Gehr. Grubeofen billig zu verkaufen
Lindenau, Karl Heine-Str. 46, II. r.
Grube u. Kanonenofen billig zu verkaufen
Neuschönefeld, Schulstr. 18, pt. I.
Stabile Fahrräder
für Dam. u. Herren. A 125, 150, 175, 200.
Gefahrlose Räder billigst.
Sommerlatte, Waffendorfer Str. 13.
Fahrrad-Vorleih- u. Repar.-Anstalt, Lager
sämtl. Zubehörteile sow. Glocken, Lampen
u. s. w. billigst. Reuditz, Bergstraße 18.
Hochf. Halbrenner Alter Amtshof 7, II. I.
Gand u. Leiterwagen, 3-30 A.
Popp, Panorama, Rosspkay.

Roman „Armenhaus-Greie“

billig zu ver-
kaufen Großhändler, Hauptstr. 91.
Gand u. Leiterwagen, v. b. Reuschf. b. Rabets.
Guterhalt. Kinderwagen zu verkaufen
Stötterth, Leipziger Str. 61.
Schöne Kattusse billig zu verkaufen
Lützsch, Schönefelder Str. 8, pt.
Große u. kleine Läufer-Schweine
stehen fortwährend zum Verkauf
L.-Volkmarsdorf, Bistr. 1
4928] Rob. Köser.

Wohnungsanzeigen.

In Lind., Saalfelder Str. 17
Ecke Böhner Str., ist eine Wohnung
für 300 Mk. sofort zu vermieten. Näh-
im Comptoir Böhner Straße 164.
Plagwitz
Nähe Bahnh., Kartrankstädter Str. 31,
sehr schöne Wohnung f. 380 A pr. 1. Juli
zu verm. Näheres bei 1. Etg., bei Bög.
Barriere-Logis, 2 St., 1 R., R., gr.
Dorf. sof. ob. 1/7, zu verm. in Kleingh.,
Schöner Weg 54, p. Zu erf. 1. Et. r.
Drei kleinere Wohnungen
zum Preise von 200 bis 260 Mk. per
1. Juli zu vermieten. Zu erfragen
Lindenau, Wesserbürger Str. 53, pt.
Schöne Wohnung ist zu vermieten
Kleinghändler, Klingensstr. 46, I.
Wohnung, 2 St., R., R. u. R. per 1/7,
zu verm. Näh. Reuditz, Jostenbinnenstr. 7, II. r.
Wohn., best. a. Stube, 2 Kam., Küche u. Bad
1/7, f. 230 A, v. Schön., Dimpfelftr. 56, IV. r.
Leere Stube zu vermieten
Neustadt, Heubühlstraße 12, I. I.
Besseres Garçon-Logis zu vermieten
Leipzig, Hohe Straße 16, III. I.

Vermischte Anzeigen.

Gesucht

Fabrikant von Zeichen-Instrumenten,
namentlich Zirkeln u. Transportoren.
Offerten unter E. W. durch die Expi-
dition dieses Blattes. [5234]

Geübte Cartonnagen-Arbeiterinnen

werden gesucht
Kendstr. 31.
Suche sofort Schneiderin für 1-2 Tage
Fockel, Dresdener Str. 68, I. I.
Ein Kind ist in gute Pflege zu geben.
Wahren, Turnerstr. 1, I. W.

Rasierer 10 Pfg. Bayerische

Kupolstern von Sofa 6 Mk., Matrasen
3 Mk. an Os. Müller, Währ., Ballfischstr. 33.
1 Portemonaile m. Inhalt verl. Weg-
dant u. Deloign. abzug. Konradstr. 20, III. I.

Extrablatt in dieser Nr.:

Von der Fa. Pinkau & Gehler,
Photogr. Atelier, Leipzig, Turners-
straße, eine Vorzugskarte.

Familienanzeigen.

Unserer lieben Mama die besten Wünsche.
Hugo, Ernest u. Papa.
Frau Erge gratuliert zum 22. Wiegens-
fest.
Wäter, Hannl.
Heute nachm. 7 1/2 Uhr verschied nach
kurzem aber schwerem Leiden mein lieber
Vater, unser guter Vater, Sohn, Bruder
und Schwager, der Rosenkrieger
Max Kupfer
im 40. Lebensjahre. Um alles Weilsich bittet
L. Anger, 1. Juni 1902. [5239]
Beerdigung: Mittwoch nachm. 4 Uhr vom
Trauerhause, Wilsdorfstr. 28, ost.
Für die liebevolle Teilnahme bei dem
Tode und Begräbnisse unserer unvergeß-
lichen Tochter, Schwester und Schwägerin,
der Jungfrau
Martha Fleischer
sprechen wir hierdurch allen unseren tief-
gefühltesten Dank aus. Insbesondere auf-
richtigen Dank dem gefamten Personal der
Deutschen Weltallfabrik.
L. Kleinghändler, 2. Juni 1902.
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

d. Juristische Verwandlungskunst. Am 30. Dezember in der 5. Morgenstunde ersuchte ein Portier in einem Restaurant in Essen einen Polizeibeamten um Schutz für Gäste, die durch Rowdis bedroht waren. Der Beamte soll darauf die Bemerkung gemacht haben: Das ist noch nicht toll genug, es muß noch besser kommen! Der Portier gab seinem Erstaunen über solche polizeiliche Auffassung Ausdruck und begab sich wieder in das Lokal. Nach einer halben Stunde machte er sich in Begleitung eines Bekannten auf den Heimweg. Unterwegs trafen sie auch zwei Beamte, darunter denjenigen, der vorher um Hilfe angesprochen worden war. Nun trat dessen Kollege in Funktion. Mit dem Bemerkten: „Da ist ja der Freund, der meinen Kollegen beleidigt hat“, verfehlte er dem Portier eine Ohrfeige, daß dieser mit dem Kopf gegen die Wand schlug. Der Mißhandelte stellte sofort Strafantrag. Seitens des Polizeinspektors wurde versucht, die Angelegenheit in Güte beizulegen. Bedingungsweise ging der Antragsteller darauf ein. Nach drei Monaten stellte er jedoch erneut Strafantrag, weil seiner Bedingung nicht entsprochen worden war. Doch nun — wurde der Mißhandelte unter Anklage gestellt, wegen Beamtenbeleidigung! Am 28. Mai fand die Verhandlung statt. Der Beamte beschwor, er sei beleidigt worden, er habe aber nicht geschlagen. Daher wurde der Portier wegen Beamtenbeleidigung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. 8 Tage später verhandelte daselbe Gericht gegen den Beamten. Die Beweisaufnahme ergab zur Evidenz, daß der Beamte geschlagen hat, ohne beleidigt zu sein. Das Gericht kam zu dem Ergebnis: der Angeklagte habe den angeblichen Beleidiger geschlagen, aus Verger, weil sein Freund beleidigt wurde. Und nun kommt die kunstvolle Deduktion: weil der Beamte aus persönlichen Gefühlen gehandelt, gewissermaßen als Rächer für seinen beleidigten Kollegen auftrat, befand er sich nicht in Ausübung seines Amtes, seine Amtstätigkeit begann erst wieder nach Ausübung der Straftat, als er den Namen des Beleidigten feststellte. Man könne also nicht auf Mißbrauch der Amtsgewalt erkennen, weshalb eine Geldstrafe von 50 Mk. auch als ausreichende Sühne betrachtet wurde. Der Mißhandelte aber wandert auf 14 Tage ins Gefängnis. Der Beamte, der vor 8 Tagen unter Eid befandete, nicht geschlagen zu haben, ist damit überführt, aber von seiner Verhaftung verkauft noch nichts — bis jetzt.

kw. Aus Hessen, 2. Juni. In ihrer letzten Tagung ist die Zweite Kammer zusammengetreten, die in diesem Monat zu Ende geführt wird. Bevor der Großherzog zur Londoner Krönungsfeier fährt, soll er die Absicht haben, seine „getreuen Landhände“ selbst zu verabschieden. Die letzte Aufnahmungsarbeit der Abgeordneten ist noch eine ziemlich umfangreiche. Unter anderem kommt noch die Vorlage betreffend Umbau des Hoftheaters zu Darmstadt, der Verkehr wegen der Rhein-Niederbahn, die Errichtung einer weiteren Landes-Ferrenbahn, für welche verschiedene Wünsche vorliegen, sowie die Wahlrechtsvorlage zur Beratung. Auch die Regierungsvorlage, betreffend die Wohnungsfürsorge, die jetzt ebenfalls vom ersten Ausschuss fast durchgängig zustimmend erledigt wurde, ist noch zur Erledigung vorgesehen. Es dürfte demnach nicht nur noch heiße Tage, sondern auch noch recht heiße Debatten im Kammergebäude zu Darmstadt geben.

Oesterreich-Ungarn.

Wolfs Antwort.

p. h. Wien, 1. Juni. In der Sonnabendspitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses kam es zu einer kurzen aber intensiven Schimpfszene zwischen Ökiden und Ostdeutschen. Die Schönerianer schloffen die angenehme Wechselrede mit den an Wolfs Adresse gerichteten Worten: Am besten ist es, Sie erlösen sich. Das war die Quittung Schneiderers für Wolfs Antwort auf die Schalksche Anklageschrift, die Sonnabend als acht Seiten starke Beilage der Ostdeutschen Rundschau erschienen war. Da auch Herr Wolf sich seine Beweise für die Gerichtsverhandlung vorbehalten, steht vorderhand Behauptung gegen Behauptung. Auf die Ehebruchaffäre Seidl geht Wolf überhaupt nicht ein. Dies mit Recht. Diese Sache gehört inhaltlich nicht vor die Öffentlichkeit. Den Vorwurf der Bestechlichkeit gegenüber der russischen Regierung that er mit einigen Worten ab. Auch das mit Recht. Der Vorwurf war zu dünn. Aber beim Hauptpunkt, bei der Frage, ob das Blatt Wolfs, die Ostdeutsche Rundschau, von Bahnen, Banken

und vom Zuckerkartell Geld gegen journalistische Dienstleistungen genommen habe, hapert es bedenklich.

In der Wiener Presse herrscht die Gewohnheit, von solchen Instituten gegen Pauschalierung Inserate aufzunehmen. Die Möglichkeit, daß dabei die Inserate nach dem Inseratentafel der betreffenden Zeitung überzahlt werden, d. h. also, daß die Zeitung eine außerordentliche Subvention bekommt, liegt zweifellos vor. Die Technik ist sehr einfach. Für ein Inserat einer Bank, z. B. die Ankündigung einer Generalversammlung, wird der Tarif für eine ganze Seite bezahlt, während das aus wenigen Zeilen bestehende Inserat inhaltlich nur den Raum einer Achteilseite beanspruchen würde. Unkundige Blätter helfen sich nur so, daß sie inhaltlich mit dem Inserat die ganze Seite bedrucken, also für das Geld den tarifmäßigen Raum zur Verfügung stellen. Moralisch ist ja die Sache noch immer nicht zweifellos. Aber sie kann aus höheren Interessen schließlich toleriert werden. Wolf wird nun vorgeworfen, daß er solche Mehrzahlungen noch dazu unter schimpflichen Bedingungen angenommen habe. Er aber behauptet, er hätte bei der Pauschalierung weniger bekommen, als wenn jedes einzelne Inserat bezahlt worden wäre. Dies wird erst im Gerichtssaal an der Hand der Bücher und Urkunden klargestellt werden können.

Anderes steht's mit dem Zuckerkartell. Hier kann nicht geleugnet werden, daß, abgesehen von einigen gelegentlichen Ausfällen gegen das Zuckerkartell, ein planmäßiger Kampf gegen diese gemeinschädliche Institution von der Ostdeutschen Rundschau nicht geführt wurde. Und doch hätte sie auf Grund ihres wirtschaftspolitischen Programms in Vertretung der Interessen der Rübenbauern dazu die verdamnte Pflicht und Schandigkeit gehabt. Mehr ist einzuweisen nicht zu sagen. Das Wort haben jetzt die Geschworenen.

Der Krieg in Südafrika.

Nachklänge aus Südafrika.

Aus Pretoria wird unterm 3. Juni gemeldet: Die Burenführer sind abgereist, um ihre Kommandos zu veranlassen, sich den englischen Bedingungen zu unterwerfen. Man rechnet damit, daß die Niederlegung der Waffen ungefähr zwei Wochen in Anspruch nehmen werde. General Hamilton, begleitet von einem Generalstabschef, hat Pretoria verlassen und geht nach London, um dem König die amtlichen Schriftstücke über die Friedensbedingungen zu überbringen.

Soziale Rundschau.

Gewerkschaftliches.

Stuttgarter Straßenbahnerstreik. Sonnabend um 4 Uhr ruhte der Stuttgarter Straßenbahnbetrieb vollständig. Die Direktion suchte das Publikum mit folgender Veröffentlichung hinter das Licht zu führen: „Infolge Ausstandes unseres Fahrpersonals sind wir genötigt, unseren Betrieb ganz kurze Zeit einzustellen. Wenn wir auch allen berechtigten Wünschen unseres Personals weitestgehend entgegenkommen wollten, so war es uns doch nicht möglich, hierüber mit uns unbekanntem Berliner und Münchener Agitatoren zu verhandeln.“

Trotz dieser großen Worte hielt man es doch für geraten, am Sonnabend vormittag 11 Uhr in Verhandlungen einzutreten, die bis 8 Uhr abends dauerten. Freilich das Entgegenkommen war nicht groß. Man wollte bewilligen: 10 Stunden Arbeitszeit, „wie bisher“, d. h. also oft 14 bis 16 Stunden, statt aller 7 nur aller 9 Tage einen freien Tag. Und — „der Dienstbefehl, wonach es den Angestellten untersagt ist, dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter beizutreten, bleibt aufrecht erhalten.“ Die Streikenden beschloffen darauf Sonnabend abends einstimmig die Fortdauer des Ausstandes.

Am Montag früh standen alle Räder still. Dann wurde seitens der Direktion wieder der Versuch gemacht, wenige Linien wieder befahren zu lassen. Montag 1/12 hatten alle früheren angestellten ihre Ausrüstung abgesehen, und ebenfalls hatten laut Direktionsbefehl alle öffentlichen Inhaber von Dienstwohnungen bis um 1/12 ihre Wohnungen zu räumen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Paul Mehnert, der Präsident der Zweiten Kammer, ist vom Konservativen Verein in Dresden zum einzigen Ehrenmitglied ernannt worden. Herr Paul Mehnert ist ja allerdings nach Abstammung, Art und Wesen ein ganz einziger Mensch. Daß man aber dem Manne allein die Ehre der Ernennung zum Ehrenmitglied angedeihen läßt, muß gleichwohl befremden. Warum nur dem Paulschen Mehnert diese einzige

Ehrend? Da muß doch etwas dahinter stecken! Der Konservativen Verein zu Dresden hat es einmal für jeden konservativen Mann als eine Ehre bezeichnet, dem Konservativen Verein anzugehören. Die Ehre wäre also sozusagen für alle Mitglieder des Vereins obligatorisch, und alle Mitglieder des Vereins wären gewissermaßen — wie feierlich die Arbeiter beim Nationalverein — geborene Ehrenmitglieder. Die Ernennung eines Mitgliedes zum Ehrenmitgliede wäre also ein Unbding. Durch die Ernennung Paulschen Mehnerts zum Ehrenmitgliede wäre diesem also etwas ganz besonderes, gleichsam eine doppelte Ehre erwiesen. Nach einem bekannten grammatischen Grundsatz kommt eine doppelte Negation einer einfachen Bejahung gleich. Wollte man diese Regel auf den vorliegenden Fall anwenden, so würde mit der doppelten Ehre gerade das Gegenteil erreicht. Aber das kann natürlich der Konservative Verein nicht gewollt haben, das wäre ja eine Malice ohnegleichen. Also muß auch Paul Mehnert ein Mann sein, der in der Konservativen Partei feindseligkeiten sucht. Und das ist auch das Richtige!

Die Vorlage über die Wohnungsgeldzuschüsse zurückgezogen. Der Zweiten Kammer ging gestern spät abends die Anzeige der Finanzdeputation A zu, daß die Regierung die Vorlage der Wohnungsgeldzuschüsse für die Finanzperiode 1902/3 zurückgezogen hat. Dagegen liegt ein Antrag der Finanzdeputation A und der Gesetzgebungsdeputation auf Bewilligung der Wohnungsgeldzuschüsse vom 1. Januar 1904 ab vor. Die Sache wird heute dem 2. Ermäßigungs- und die Orte in drei Klassen, früher fünf, eingeteilt. Die Klassifizierung in Beamtengruppen erfolgt beim nächsten Landtag. Unverheiratete Beamte sollen nur die Hälfte beziehen, und die Inhaber von Nebenämtern den vollen Betrag nur dann, wenn ihr Einkommen aus dem Nebenamt nicht über 10 Proz. beträgt.

Die Beamten haben wieder einmal das Nachsehen. Im letzten Landtag wurde die Vorlage über die Wohnungsgeldzuschüsse auf Antrag der Kammer zurückgezogen und die Regierung beauftragt, dem nächsten, also dem gegenwärtigen, sich nun endlich seinem Ende zuneigenden Landtag eine neue Vorlage zu machen, die so zeitig fertiggestellt werden sollte, daß die Beamten bereits von 1902 ab die Zuschüsse erhalten könnten. Wir hatten schon damals darauf hingewiesen, daß dies nicht möglich sein werde, und haben wieder recht behalten. Ehe die Finanzlage nicht geklärt war, konnte natürlich auch die Vorlage über die Wohnungsgeldzuschüsse nicht erledigt werden. Darüber herrschte Uebereinstimmung, daß mit der Steuerreform die Wohnungsgeldvorlage stehen und fallen werde. Die Steuerreform ist gefallen, nun müßten auch die Wohnungsgelder fallen. Nicht einmal von 1903 ab, wie es später geplant war, werden die Beamten die seit Jahren versprochenen Zuschüsse erhalten. Sie werden nun bis 1904 vertrießt. Ob sie aber dann unbedingt die Wohnungsgelder erhalten werden, ist auch noch nicht vollständig ausgemacht!

Trotzdem nun in der laufenden Finanzperiode Wohnungsgelder nicht gewährt werden, macht sich doch ein Steuereinschlag von 25 Proz. nötig. Wären die Beamten befriedigt worden, so hätte sich in der gegenwärtigen Finanzperiode ein Zuschlag von etwa 45 Proz. nötig gemacht. Und das trotz bedeutender Abstriche am Etat und beträchtlichen Abstrichen in den außerordentlichen Etat.

Ersparungen auf Kosten der Rechtspflege. Zu dem Artikel in den Dresdener Nachrichten über die Nichtanstellung von Richtern schreibt heute das amtliche Dresdener Journal:

In der gestrigen Nummer einer hiesigen Zeitung werden Vorwürfe gegen die Justizverwaltung erhoben, weil sie es verabsäumt habe, die Anstellung der Richter, deren Stellen von der jetzt tagenden Ständeverammlung neu bewilligt worden sind, schon vor Schluß des Landtages herbeizuführen. Dabei bleibt unbeachtet, daß die Entschlebung der Stände über die Bewilligung der Regierung bis jetzt noch nicht in der verfassungsmäßigen Form mitgeteilt worden ist. Solange das Finanzgesetz zwischen der Regierung und den Ständen noch nicht verabschiedet und damit die Summe der bewilligten Zuschüsse nicht endgültig festgestellt ist, können nach den Grundgesetzen unseres Staatsrechts neue Stellen nicht besetzt werden. Bei der eigentümlichen Lage des Landtages, die diesmal noch bis vor wenigen Tagen die Deckungsfrage offen ließ, verstand es sich um so mehr von selbst, daß diesen Grundgesetzen

Kleine Chronik.

Leipzig, 3. Juni.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater geht am Mittwoch Herr Franz sein Gastspiel als Adam in der Operette Der Vogelbändler fort. Donnerstag findet eine Wiederholung von M. Heibelberg statt und Freitag tritt Herr Franz als Wiesede in dem Schwanke Im weißen Röhl auf. Das Alte Theater bleibt diese Woche geschlossen.

Neues Theater. Gastspiel des Herrn Anton Franz in Ramfelli Ritouche. Am Sonntag abend gab es im Neuen Theater eine so prächtige Darstellung der Ramfelli Ritouche und eine so glänzende Aufnahme des Gastes Anton Franz, wie man sie seit langem hier nicht zu verzeichnen gehabt hat. Trotz unerschütterlicher Sommerhitze hatte es eine verhältnismäßig übergroße Zahl Theaterfreunde ins große Haus am Augustusplatz gelockt, um sich dort in einer leicht und lose geschützten französischen Pötte an den feinsinnigen, heiter-lebenswichtigen Darstellungen Anton Franz's zu ergötzen. Dieser elegante Darsteller, vorzügliche Sänger und hervorragende Komiker offenbarte an diesem Abend einen Reichtum, eine Vielseitigkeit der Beobachtung und eine Reife und Abgerundetheit seiner Kunst, daß das Publikum, von ihm förmlich elektrisiert, sich nicht genug thun konnte in Beifallsbezeugungen und den lebenswichtigen Gaste immer wieder zu sehen begehrte. Wohlten auch einige in Vorurteil und Einseitigkeit Verkümmerte zischen und pfeifen, die urteilsfähige Menge des Hauses lachte, klatschte und dankte unaußersächlich. Was hat aber auch alles in diesem Franzischen Geistes, der unter dem Namen Floridor als charmant-trummer Organist eines strengen Damenstiftes eine Operette schreibt, in welcher bei der ersten Aufführung schließlich eine seiner Schilfrevinnen, die aus Frömmigkeit nie heiraten will, ganz entzückend die Hauptrolle giebt. Diese Doppelnatur des Celestin-Floridor brachte Herr Franz mit geradezu überlegener Meisterhaftigkeit zur Darstellung sowohl in gefanglicher Beziehung, vor allem aber nach der Seite des feinsinnig gearbeiteten Spieles hin. Die große Einlage im 3. Akt, eine Oper: Graf und Jüdin, in welcher der Künstler „alles ganz allein macht“, zeigte seine humoristische Begabung in hellstem Lichte. Neben ihm verdienten sich lobhafteste Anerkennung die Trägerin der Titelrolle Frä. Linda und Frä.

Miesling als Corinne. Beide waren von bezaubernder Anmut. Auch der bairische Major des Herrn Groß wirkte außerordentlich. Die Inszenierung des Herrn Regisseur Linger war elegant, geschmackvoll. Diese Woche geht der beliebte Künstler Anton Franz sein Gastspiel fort.

Neues Theater. Der Herr Senator von Franz von Schönthan und Gustav Adelburg. — Die Rolle des herrschgeordneten und herrschgeordneten Hamburger Senators, der durch eine Palastrevolution in seinem eigenen Hause gestürzt wird und sich mit dieser brutalen Thatlage bon gré, mal gré abzufinden weiß, ist so fraglos die Ganzgröße des Herrn Ernst Müller, daß es nur natürlich war, wenn er sie für seine Abschiedsvorstellung wählte. Wir haben die einzelnen Rollen dieses vielgespielten Stüdes schon wesentlich glücklich besetzt gesehen und hätten an Herrn Otto (Mittelbach), an Herrn Grell (Dr. Gehring) und an Frä. Dieck (Hagel) mancherlei auszusuchen, wir unterbrüden aber diese Bemerkungen, weil das Stück wohl nur in dieser Besetzung möglich war und weil es Herrn E. Müller zu Liebe gegeben werden mußte. Die Rolle deutet sich so vollständig mit dem Wesen des Darstellers und er versteht es so trefflich, ihr das spezifische Hamburger Lokalfolorit zu verleihen, daß man über ihn seine Partner leicht und gern verpaßt; die Zuschauer wollten eben nur ihren alten Freund, dem sie so viele fröhliche Stunden verdanken, noch einmal sehen und ihm befehlen, daß er, so oft er als Gast zu uns zurückkehrt, einer herzlichen Aufnahme sicher sein kann. Das Haus war, ohne gerade voll zu sein, gut besetzt, so gut, als man es bei der tropischen Hitze billigerweise verlangen konnte, und bereitete seinem Liebbling die wohlverdienten Abschiedsbezeugungen. Die Wägen gingen zuletzt hauptsächlich einem Gewächshaus und die Leipziger Gärtnerei hat jedenfalls ein gutes Geschäft gemacht. Wir haben nicht geglaubt, wie oft der Vorhang sich heben und senken mußte; interessanter war uns die Abschiedsansprache, welche das Publikum sich nicht nehmen ließ, und wir können wohl sagen, daß sie ein kleines Lustspiel für sich war. Herr Müller hat in dieselbe so viele gute Wäse verflochten, daß man ziemlich naiv sein müßte, um sie für extemporiert zu halten, aber sie wirkte entschieden wie eine Improvisation und auch ihre kleinen Epochen gingen nicht verloren. Man hätte diese Abschiedsansprache, die von der üblichen Schablone sehr stark abwich, stenographieren sollen, sicherlich pflichtet die große Mehrheit der Anwesenden bei, daß er durchaus

nicht so „alt und pumplik“ ist, wie es da und dort behauptet wird, und wir wagen zu hoffen, daß dem Darsteller der goldige Humor, der ihn durch die 37 Jahre seiner bisherigen Bühnentätigkeit, von denen 20 auf unsere Stadt entfallen, begleitet hat, nicht verloren werden wird, denn über Herrn Ernst Müller kann auch der Ernsthafteste lachen und seine Witmenken, auch die ernsthaftesten, zum Lachen gebracht zu haben, ist auch ein Verdienst, an dem sich nicht rütteln läßt; wie wenigstens bezüchten auf Mittel und auch uns wird Herr Müller als Gast stets willkommen sein.

Entdeckung eines Skulpturenschatzes mit Wandgemälden und Mosaiken. In der Festung der Wiener Akademie der Wissenschaften betrat der Orientalist Joseph Karabacek, der Direktor der Wiener Hofbibliothek, über die Auffindung eines bisher ganz unbekanntem Skulpturenschatzes mit Wandgemälden und Mosaiken in der nordarabischen Wüste durch den Priester der Dmüger Diözese, Moïse Ruski, der im November 1895 an die Ecole biblique nach Jerusalem gesandt worden ist. Ruski unternahm in den folgenden Jahren archäologische Forschungsreisen in bisher unerforschte Gegenden des Noabiterlandes und gelangte im Jahre 1898 in das Gebiet östlich von Kegypten, zwischen dem Süden des Toten Meeres und dem roten Meere, wo er mehrere unbekannt Schätze entdeckte, darunter Mosaik von dessen Wandgemälden er im Frühjahr 1900 Photographien aufnahm. Mit Unterstützung der Akademie sowie des Fürsten Liechtenstein und mehrerer Freunde unternahm Ruski mit dem Wiener Maler Alphonse Wiest im Frühjahr 1901 eine neue Expedition nach Koffeïr Amra und passierte die Wüste, begleitet von dem Bruder eines befreundeten Beduinen, unter großen Gefahren, die von Seiten der feindlichen Beduinstämme drohten. Sie erreichten am 20. Mai Koffeïr Amra, wo ihnen alle Kammele bis auf ein aus von Beduinen geraubt wurden. Wiergegen Tage verweilten sie daselbst trotz sengender Hitze und Wassermangels, die nächste Quelle war sieben Stunden entfernt. Ruski durchforschte das Schloß, das aus einer großen Halle mit halbverfallenen Anbauten und mehreren Seitentrakten besteht. Wiest kopierte ein 400 Quadratmeter großes Wandgemälde und die Fußbodenmosaiken, während Ruski mehrere arabische Inschriften unter den Bildern aufnahm. Nach dreizehntägigen Mühsalen und Entbehrungen kehrten die Forscher nach Jerusalem zurück. Karabacek berichtet ferner, das Wandgemälde stelle den Fürsten Ahmed, den Vorfahr des Sultanen

nachgegangen wurde. Die erhobenen Vorwürfe sind also nach jeder Richtung hin unbegründet.

Wenn die betreffenden Ausgabenposten noch nicht bewilligt worden sind, kann natürlich auch mit den Beförderungen und Aufstellungen noch nicht begonnen werden. Das hätte aber doch mindestens die Dresdener Nachrichten, das Organ der Mehrheits-Lique, wissen müssen.

Zur kommunalen Besteuerung der Festbesoldeten.

Die I. Deputation der Ersten Kammer hat über die Petitionen der Gemeinden Silberdorf, Einsiedel, Grünau, Hartau, Lugau, Niederwürschnitz, Rabenstein und Thalheim um Aufhebung der Bestimmung in § 23 Absatz 2 der Revidierten Landgemeindeordnung vom 21. April 1873, sowie über die Petitionen von Stadtverordneten aus Leisnig und 26 anderen Städten um Aufhebung des § 30 der Revidierten Städteordnung vom 21. April 1873 Bericht erstattet. Die genannten Paragraphen lauten bekanntlich dahin, daß, wenn Gemeindeanlagen nach Maßgabe des Einkommens erhoben werden, festes Dienststeuereinkommen, Wartegeld und Pensionen nur zu vier Fünfteln in Anschlag zu bringen sind. Unter den Gründen, die seiner Zeit gegen die Aufhebung der angezogenen Paragraphen geltend gemacht wurden, sind die hauptsächlichsten: 1. sind bei den Festbesoldeten (Wesenten u.) die festen Bezüge genau bekannt, so daß bei der Einschätzung zur Einkommensteuer eine Mindererschätzung nicht vorzunehmen kann; 2. sind jene nicht frei über ihre Einkünfte hinsichtlich der Wahl ihres Wohnortes, und endlich 3. haben sie ein verbrieftes Recht erworben, das ihnen ohne Entschädigung nicht entzogen werden kann. Hierzu bemerkt der sehr umfangreiche Deputationsbericht: Was den ersten Grund anlangt, so ist dieser, wie auch aus den Erklärungen des Herrn Staatsministers von Meißel hervorgeht, nicht mehr in dem vollen Umfange als zur Zeit des Erlasses der Gesetze maßgebend. Durch die von der Steuerbehörde geforderten Lohnnachweisungen werden zahlreiche Einkommen von Personen auf Heller und Pfennig festgestellt, die nicht als Festbesoldete gelten können. Auch der Umstand, daß immer mehr Gemeinden die reine Einkommensteuer in Anrechnung auf die Staatssteuereinkommensteuer, die einen derartigen Wegzug nicht kennt, eingeführt haben, schwächt diesen Gesichtspunkt wesentlich ab. Was den zweiten Grund anlangt, so ist dieser für die Staatsbeamten voll, für die festangestellten Kommunalbeamten im ganzen und großen auch zutreffend, dagegen nicht allenthalben zutreffend für die im Privatdienste befindlichen Festangestellten. Letztere haben zweifellos die Möglichkeit, sich den Ort ihrer beruflichen Tätigkeit auszuwählen, können sich auch jederzeit durch Wechsel der Stellung ihrem Wunsch gemäß verändern. Was endlich den dritten Grund anlangt, so ist es mindestens strittig, ob derartige steuerliche Vorschriften als entschädigungslos anzusehen sind. Es wurde geltend gemacht, daß § 2. Kommunalbeamte bei ihrer Anstellung durch das Ortsstatut auf jene Steuererleichterung hingewiesen werden, daher ihnen solche nicht mehr genommen werden könne. Dem ist aber entgegengehalten worden, daß, wenn eine Gemeinde ihr ganzes Steuerwesen ändert und die Steuern nach anderen Grundätzen erhebt, wohl kein Gemeindeglied eine Entschädigung dafür verlangen kann, wenn es nach dem umgeänderten System mehr bezahlen muß als nach dem früheren. Die königl. Staatsregierung scheint sich zu der Ansicht zu neigen, daß eine Entschädigung zu gewähren ist, während die Deputation der Kammer bezüglich der letzteren auf einen verneinenden Standpunkt sich gestellt hat. Die Deputation faßt zu dem vorliegenden, abermals aufgeführten Gegenstande ihre Ansicht im allgemeinen dahin zusammen, daß die Verhältnisse seit Inkrafttreten der 1873er Gesetze nach verschiedenen Richtungen eine Veränderung erfahren haben, so daß eine Revision der angezogenen §§ 23 und 30 der Revidierten Landgemeinde- bzw. Städteordnung wohl in Betracht zu ziehen sein dürfte, und zwar in der Richtung, daß der Begriff „festes Dienststeuereinkommen“, sowie der Kreis der Personen, denen diese Begünstigung etwa zukommen soll, genauer bestimmt werde. Vorschläge darüber zu machen, in welcher Weise dies zu erreichen sei, hatte die Deputation keine Veranlassung, um so weniger, als dieser Gegenstand zu den Aufgaben der in Aussicht gestellten Revision der Kommunalbesteuerung gehört. In Verfolg dieser Erwägung und in Berücksichtigung des zu erwartenden Kommunalsteuergesetzes ist die Deputation zu dem Beschlusse gekommen, die Petition der Gemeinden Silberdorf und Grünau und der Stadtverordneten aus Leisnig und Genossen der königl. Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu geben. — Wenn die Fünftelbestimmung aufgehoben wird — und wir halten diese Aufhebung für notwendig, dann sollte sie auch allgemein aufgehoben und das Privilegium nicht auf die Staats- und Kommunalbeamten beschränkt und dadurch noch ungerechter gestaltet werden.

Der Landesverein der freisinnigen Volkspartei im Königreich Sachsen hielt in Dresden unter „reger Teilnahme“ seine Generalversammlung ab. Biele Delegierte anwesend und wieviel Städte vertreten waren, erfährt man aus den Berichten der freisinnigen Blätter nicht. In dem Jahresbericht wird die erfreuliche (!) Thatsache mitgeteilt, daß der Verein im letzten Jahre eine „namhafte Stärkung“ erfahren habe und zur Zeit n a h e z u 1000 Mitglieder zähle. Das ist eine runde Summe, nur ist es eine Frage, ob sie auch wirklich „nahzu“ erreicht wird. Von den gefaßten Beschlüssen ist zunächst bemerkenswert einer gegen den Zolltarif, der eine schwere Belastung des gesamten wirtschaftlichen sächsischen Volkes, insbesondere der Arbeiter, Handwerker, Kaufleute, Industriellen, kleinen Landwirte und Beamten bedeute. Bei den kommenden Reichstagswahlen

solten alle Anhänger der freisinnigen Volkspartei die Agrarier auf das nachdrücklichste bekämpfen und nur solche Kandidaten unterstützen, die gegen den Zolltarif sind. Da werden die paar Freisinnigen nicht viel ausmachen. Ein zweiter Beschluß hält im Interesse der Gesamtwohlfahrt des Landes die Befreiung des Dreiklassenwahlsystems bei der Landtagswahl für dringend geboten; es wird auch für die Wahlen zum Landtag das Reichstagswahlrecht gefordert. Wenn es den Freisinnigen mit dieser Forderung ernst ist, müssen sie überall entschieden die Sozialdemokraten unterstützen. Ein dritter Beschluß endlich spricht sich gegen die vom Landtag beschlossene Ergänzungssteuer, die das landwirtschaftliche Betriebskapital freiläßt, aus und bezeichnet diese Bestimmung als eine beispiellose einseitige Bevorzugung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. Die Mitschuld an dem Zustandekommen dieses ungerechten Steuergesetzes mißt die Versammlung auch den national-liberalen Landtagsabgeordneten bei, die durch ihr Verhalten bei der Steuerreformberatung das Unheil mit heraufbeschworen hätten. Mit der einstimmigen Annahme auch dieser Resolution wurde der Parteitag geschlossen. Die gefaßten Beschlüsse atmen einen sehr entschiedenen oppositionellen Geist, das will aber angesichts der Thatsache nichts besagen, daß die Freisinnigen in Anbetracht ihrer geringen Zahl nicht in der Lage sind, diesen Beschlüssen Nachdruck zu verleihen, dann aber nur deshalb, weil die Freisinnigen in der Praxis stets gegen ihre Beschlüsse handeln.

† Aus dem 14. Reichstagswahlkreise. Die Antisemiten im 14. Kreise werden von Eroberungsgelüsten geplagt. Sie hoffen bestimmt, bei der nächstjährigen Reichstagswahl die Konservativen an Stimmzahl zu überflügeln, mit unserer Partei in die Stichwahl zu kommen, wobei dann der zurückgedrängte konservative Bruder den „Herausreißer“ machen soll. Als „Zugmittel“ haben sie sich deshalb den Direktor der Deutschen Bank, Herrn O. Zimmermann aus Dresden, verschrieben, der schon 1898 im Kreise mit allerdings sehr magerem Erfolge kandidierte. Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend voriger Woche hielt (wie bereits erwähnt, Red. der Volksz.) Herr Zimmermann in Borna, Froburg und Regis Versammlungen ab. In allen drei Versammlungen trat ihm der Kandidat unserer Partei, Genosse Schöpflin-Chemnitz, entgegen. In Borna erhielt unser Genosse unbeschränkte Redefreiheit, die er auch eine Stunde lang so gründlich ausnützte, daß den Herren diese, für eine anständige Partei selbstverständliche Pflicht, recht leid that, denn am anderen Abend in Froburg unterbrach der Vorsitzende, ein Herr Lehrer Brück aus Froburg, unseren Genossen schon nach 23 Minuten und verlangte die Beendigung der Ausführungen. Da aber zu Beginn der Versammlung dem Genossen Schöpflin dieselbe Redezeit wie in Borna zugesagt worden war, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen und schließlich zum Tumult, da eine Anzahl Lehrer durch ein wahres Indianergeheul den Vorsitzenden bei seinem wortbrüchigen Vorgehen zu unterstützen versuchte. Um es nicht zu noch schlimmeren Szenen kommen zu lassen, verließen die Arbeiter den Saal; zuvor aber sagte Genosse Schöpflin den Herrschaften noch eine Reihe recht lustiger Wahrheiten ins Gesicht.

Das wortbrüchige Verhalten der Antisemiten hat aber selbst in bürgerlichen Kreisen so unliebsames Aufsehen erregt, daß die Antisemiten es für geraten hielten, am Sonnabend in Regis unseren Genossen ohne Widerstreben und ohne Störung Redefreiheit zu gewähren. Recht interessant war die reduzierte Dauer der Ausführungen des Herrn Zimmermann. In Borna sprach er etwa fünfviertelstunden kräftig antisemitisch. In Froburg machte er es schon kürzer und erheblich vorsichtiger. Am Sonnabend in Regis begnügte sich Herr Zimmermann sogar mit Dreiviertelstunden und präsentierte dabei eine Rede, die geradezu als eine Musterleistung an Vorsicht zu bezeichnen ist. In Borna waren die Juden an allem Uebel allein schuld; nebenbei mußte die „Vaterlandslosigkeit“ der Sozialdemokratie herhalten. Die mit diesen Behauptungen gemachten Erfahrungen in Borna hatten zur Folge, daß von der „Vaterlandslosigkeit“ in Froburg nur noch andeutungsweise die Rede war und die Juden sehr glimpflich davontamen. In Regis aber war überhaupt nur noch von den — rumänischen Juden die Rede, die „Vaterlandslosigkeit“ der Sozialdemokratie hatte Herr Zimmermann völlig „vergessen“; dafür bekannte der Herr sich zu einem verarmten Proletariat, dessen Misere durch hohe Getreidepreise behoben werden soll.

Wir können mit dem Erfolge dieser drei Versammlungen sehr zufrieden sein.

Zur Handhabung des Zutwels. Am Sonntag den 2. März d. J. hatte unser Genosse Schöpflin die Arbeiter einer Stahlfabrik in Niederschönberg bei Oberhain zu einer zwanglosen Versprechung in ein Restaurant eingeladen. Da die Besprechung lediglich von Werkstattangelegenheiten handelte, so eruchte Schöpflin einige aus Oberhain mit anwesende Holzarbeiter, das Zimmer zu verlassen. Zwanglos unterließ sich nun Schöpflin mit den Arbeitern, als plötzlich die vom Gemeinde-

vorstand aufgebotene bewaffnete Macht in das Zimmer trat, um sich zu erkundigen, was da vorgehe und ob eine Versammlung abgehalten werde. Schöpflin bestritt sofort, daß die Zusammenkunft den Charakter einer Versammlung habe, deshalb auch nicht anzumelden sei und die Polizei nichts hineinzuhaben habe. Die bewaffnete Macht zog dann auch ab, stellte aber zuvor die übrigen freiwillig angebotene Adresse des Genossen Schöpflin fest. Nach einiger Zeit hatte sowohl der Besitzer des Restaurants, wie Genosse Schöpflin und wohl eine Reihe von Teilnehmern an der Besprechung Vernehmungen. Der Besitzer der Fabrik, dessen Arbeiter an der Zusammenkunft beteiligt waren, maßregelte sogar eine Anzahl Leute. Alle Anzeiger ließen auf eine kleine Staatsaktion schließen wegen Uebertretung unseres „Zutwels“. Am Freitag erhielt nun Genosse Schöpflin eine amtsgewaltige Verfügung, wonach der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verfolgung Schöpflins wegen Uebertretung des Verordnungsgebots abgelehnt wird, da „die in der Zusammenkunft vom 2. März 1902 besprochenen Angelegenheiten nur einen bestimmten engeren Personenkreis betreffen und nicht derart die Allgemeinheit betreffen, daß sie als „öffentliche Angelegenheiten“ im Sinne des § 2 jenes Gesetzes erscheinen, überdies aber, selbst wenn man die Angelegenheiten als „öffentliche“ erachten wollte, vom Angeklagten glaubhaft behauptet worden ist, er habe jene Zusammenkunft für eine „Versammlung“ nicht gehalten und aus diesem Grunde bei der Polizeibehörde nicht angemeldet, das Vorhandensein eines Thatsündenbittens im Sinne des § 50 des St.-G.-B. also nicht zu widerlegen ist, der Irrtum selbst auch bei der Schwierigkeit der Beurteilung der hier in Frage stehenden Verhältnisse und Unterscheidungsmerkmale als auf Fahrlässigkeit beruhend (§ 50 Abs. 2 des St.-G.-B.) nicht angesehen werden kann.“ Es war also wieder einmal nichts!

Freiberg, 2. Juni. Bürgermeister Blüher hat auf eine von Plauen i. V. an ihn ergangene offizielle Anfrage, ob er eine auf ihn fallende Wahl zum Oberbürgermeister von Plauen annehmen werde, in a b l e h n e n d e m Sinne geantwortet. Die städtischen Kollegien haben daher beschlossen, Herrn Blüher in Anerkennung seiner erfolgreichen und verdienstvollen Amtsführung eine persönliche Zulage von jährlich 2500 Mk. zu gewähren und ihm bei der sächsischen Staatsregierung den Titel Oberbürgermeister auszuwirken. Das lohnt!

Herr Blüher ist seit einigen Jahren Bürgermeister; er ist der Nachfolger des Bürgermeisters Schröder, der an Stelle des nach Leipzig berufenen Bürgermeisters Dr. Dietrich zum Bürgermeister in Plauen gewählt und neuerdings zum vortragenden Rat im Finanzministerium ernannt worden ist.

oo. Plauen i. V., 2. Juni. Mit Rücksicht auf die hier bestehende große Wohnungsnot hatte der hiesige Mieterverein den Stadtrat ersucht, eine durchgreifende Wohnungsaufsicht, sowie einen städtischen Wohnungsnachweis einzuführen. Der Stadtrat beschloß auch, nach einem Gutachten des Polizei- und Gesundheitsausschusses, eine Wohnungsinspektion einzuführen. Eingänglich des Wohnungsnachweises soll eine abwartende Stellung eingenommen werden. Da zur Zeit ein städtischer Arbeitsnachweis eingeführt wird, soll er Erfahrungen darüber sammeln, ob es angängig und zweckmäßig sei, mit dem Arbeitsnachweis einen Wohnungsnachweis zu verbinden. Mit der Wohnungsrevision soll baldigt begonnen werden. Der Mieterverein ersuchte noch darum, eine allgemeine Wohnungsstatistik aufzunehmen, die sich gleichzeitig auf die Preise der Wohnungen erstreckt, doch hat der Stadtrat darauf noch nicht geantwortet.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Durch das Explodieren eines Spiritusbehälters wurde in der Nähmaschinenfabrik von Seidel u. Naumann (Mittelschiff) in Dresden der Arbeiter Rahms aus Cossebaude überaus schwer am Körper verbrannt. Beim Ausgießen von Spiritus in eine Lötlampe erfolgte die Explosion des erwähnten Behälters, worauf der über und über brennende Arbeiter in seiner Angst durch den Saal lief, anstatt sich augenblicklich niederzuerwerfen. Obwohl die Flammen durch herbeieilende Arbeitskollegen baldigt erstickt wurden, war der Bedauernswerte doch während der wenigen Sekunden, wo er der Gluthitze des Spiritusfeuers ausgesetzt gewesen, fast bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Es machte sich dessen sofortige Ueberführung nach dem Friedrichshäuser Krankenhaus nötig. Schon am Abend ist der Verunglückte seinen Leiden erlegen. — In Hütten bei Königstein hatten sich auf dem Flugfeldischen Werkplatz während der Mittagspause mehrere Arbeiterinnen der Papierfabrik, trotz wiederholten Verbots, auf einem Klöderhaufen niedergelassen, als plötzlich die Stämme in Bewegung kamen und in den Bach rollten, wobei die 14-jährige Arbeiterin Bibby Wolf aus Königstein berartige Quetschungen erlitt, daß sie noch auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb. — In Langenbernsdorf starzte der Dachdecker Seidel vom Dache eines Hauses. Er wurde in das Werbauer Krankenhaus überführt, wo er am anderen Tage seinen Verletzungen erlag. — Auf dem Zwidauer Brückenbergstr. I wurde am Sonnabend der Bergarbeiter Bauer von Steinmassen, die aus dem Dachgebirge niedergingen, verschüttet und getötet.

g. Halle a. S., 2. Juni. Einen Schritt vorwärts ging heute das Stadtverordnetenkollegium bei der Petition der taxierten Buchdrucker, die den Magistrat ersuchten, eine Verfügung zu erlassen, wonach die Herstellung amtlicher Druckarbeiten nur solchen Buchdruckereien überwiesen werden darf, die den deutschen Buchdruckertarif bei dem Tarifamt der deutschen Buchdrucker unterschrieben anerkannt haben. Bürgermeister v. Holly ersuchte das Kollegium, dem Beschlusse der Petitionskommission gemäß, über die Sache zur Tagesordnung überzugehen. Wenn er erkenne er an, daß die Tarifgemeinschaft im Buchdruckergewerbe sehr vorteilhaft für Unternehmer und Arbeiter sei, aber das Eintreten in dieser Form bedeute eine behördliche Parteinahme für die Buchdrucker. Unser Genosse Thiele wies darauf hin, daß der Magistrat sich beim Markverstreit durch Anerkennung der sogenannten Streiklausel zu Gunsten der Unternehmer viel mehr parteilich gezeigt habe. Der Stadtverordnetenvorsitzer Dr. Dittenberger trat ebenfalls dem Bedenken des Bürgermeisters entgegen und empfahl die Petition der Buchdrucker zur Berücksichtigung. Das Kollegium, das seit 1897 die Petition stets verworfen, stimmte heute mit großer Majorität für die Berücksichtigung.

Wäses Blut erregt in der Bürgerschaft das Einschreiten der Polizei bei einem Kriegervereinsbegräbnis. Der verstorbene Delitalessenhändler Otto Tied war Mitglied des Vereins wirklicher Krieger Germania. Dieser Verein hat schon wiederholt Konflikte mit der Polizei, insbesondere mit dem Oberinspektor Weidemann, gehabt. Als am Sonnabend bei dem Begräbnis des Tied die Vereinsfahne im Trauerzuge mitgeführt werden sollte, wurde das polizeilich verboten. Die alten Krieger nahmen die Fahne aber trotzdem mit. Die Folge davon war, daß der Fahnenträger, als der Trauerzug auf dem Hallmarkt ankam, mit samt der Fahne sistiert und nach der Wache gebracht wurde. Daß dieses für die Hinterbliebenen keine pietätvolle Handlung war, ist wohl selbstverständlich.

Magdeburg, 2. Juni. Der Prozeß Bogt und Genossen, der zweite Teil des Commerzer Steinbruchprozesses, wurde

Sarun al Maschid dar, der Koffier Amra als Lustschloß zwischen 862 und 868 nach Christus erbaut. Die übrigen Gemälde verbildlichen: Das Lebensalter von der Geburt bis zum Tode, Kämpfe, Jagdszenen, Tänze und höfisches Leben. Arabacel besonnte, daß diese Gemälde eine neue Uebersetzung der falschen Hypothesen bilden, der Prophet Mohammed habe die bildliche Darstellung von menschlichen Gestalten verboten, welches Verbot erst in viel späterer Zeit durch die Theologen des Islams erjolgte.

Litterarisches.

Jahrbuch der bildenden Kunst 1902. Unter Mitwirkung von Dr. Boldemar v. Seibitz herausgegeben von Max Warnefing. Gebunden in Leinen, Einbandzeichnung von E. Dopler b. J. Preis 8 Mk.

Unter dem Titel: Almanach für bildende Kunst und Kunstgewerbe trat das vorliegende Almanach, das bestimmt ist, als Handbuch für die vielen Tausende von Interessenten zu dienen, deren Beruf und Lebensstätigkeit mit den bildenden und angewandten Künften verknüpft ist, voriges Jahr zum erstenmal an die Öffentlichkeit und erwarb sich schon damals einen weiten Kreis von Freunden. Der zweite uns vorliegende Jahrgang des Almanachs bietet eine Uebersicht der Haupterscheinungen des Kunstschaffens im Jahre 1901. Der große Teil dieses Jahres, Arnold Böcklin, wird durch eine farbige Nachbildung des prächtigen Lebensbildes Portraits des jugendlichen Meisters und eine Dichtung von Emil v. Schönau-Carolath gefeiert. Darauf folgen in einer Reihe Eingelassener verschiedener Berichterstatter Mitteilungen über die Haupterscheinungen der Kunststellungen des Jahres 1901.

Nach einer Würdigung des spanischen Malers Ignacio Zuloaga wird „Drei Siebzehnjährigen“ Vegas, Reunier und Sittelberg gebührende Würdigung zu Teil, darauf folgt ein

Uebersicht der bemerkenswertesten Denkmäler des Jahres 1901. Die Darmstädter Künstlerkolonie, die Kunst im Handwerk, die Erziehung zur Kunst, die graphischen Künste, die reproduzierenden Künste, die deutsche Baukunst an der Wende des Jahrhunderts sind in besonderen Aufsätzen behandelt. Biographische Skizzen werden Arnold Böcklin und dem Großherzog Karl Alexander von Sachsen-Weimar gewidmet, während in dem folgenden Aufsatze die übrigen Toten des Jahres in alphabetischer Folge mit mehr oder minder ausführlicher Würdigung ihrer Lebenswerke aufgezählt werden. Folgt ein Litteraturverzeichnis über moderne Kunst (einzelne Werke, Zeitschriften, Zeitungsabhandlungen); daran schließt sich ein Aufsatz über das Recht des bildenden Künstlers, dann die dem praktischen Bedürfnis der Gegenwart dienenden Verzeichnisse: 1. der Museen, Galerien und Privatsammlungen, 2. der Akademien, Kunst- und Kunstgewerbeschulen, 3. der ausübenden Künstler und der Kunstschaffsteller, 4. der Künstlergenossenschaften, Kunst- und Kunstgewerbevereine, 5. der Kunstsalons und ständigen Ausstellungen, 6. der Kunstzeitschriften, 7. der Kunstverlage, 8. der graphischen Anstalten, endlich 9. der Kunstwertstätten in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz. Was die einzelnen Abhandlungen anlangt, so sind wir hier nicht in der Lage, die meist sehr ansprechenden Arbeiten eingehender zu würdigen; sie entsprechen aber durchaus ihrem Zweck, ein orientierendes Bild des allgemeinen Kunstlebens des Jahres 1901 zu geben. Die praktischen Verzeichnisse sind jedenfalls noch größerer Vollständigkeit fähig, doch haben sie uns bei unseren Stichproben nicht allzu oft verlassen. Jedenfalls ist das wohlangelegte und innerlich und äußerlich tüchtig durchgeführte Unternehmen allen Sachinteressenten als ein brauchbares Handbuch wohl zu empfehlen, und wird, wie wir hier annehmen, sich von Jahr zu Jahr mehr einführen.

gestern abend gegen 11 Uhr nach mehrstündiger Verhandlung vom Schwurgericht zu Ende geführt. Gestern morgen beantragten die Vertreter der Staatsanwaltschaft gegen die Angeklagten Voigt, Zahne und Böhme Verurteilung wegen Rauberschuldhaftigkeit bei einfachen Landfriedensbruchs, gegen Voigt, Zahne und v. Aufschowitz Verurteilung wegen schweren Landfriedensbruchs und gegen Freibe wegen einfachen Landfriedensbruchs. Die Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragten ferner, auszusprechen, daß sich alle diese Angeklagten gleichzeitig mit dem Landfriedensbruch des Vergehens gegen § 153 der O.-O. schuldig gemacht haben, allen diesen Angeklagten aber „mildernde Umstände“ zu bewilligen. Wegen den Angeklagten Grünig beantragt die Staatsanwaltschaft Freisprechung. Das Urteil lautete gegen Voigt auf 8 Monate, Zahne und Böhme je 6 Monate; die Schuldfrage auf Rauberschuldhaftigkeit wurde bei den drei Hauptangeklagten verneint. Angeklagter Grünig wurde freigesprochen, die übrigen Angeklagten wurden zu 3 bis 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Allen Verurteilten wurden mildernde Umstände zugestanden.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Rechenau, 2. Juni.

Bürgermeisterwahl. In der am 31. Mai vorgenommenen Wahl eines Bürgermeisters wurde der bisherige Stadtkassier Reich zum Bürgermeister gewählt.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 3. Juni.

Die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen wird noch vielfach und hauptsächlich in Arbeiterkreisen unterschätzt. Daß wir mit dieser Behauptung recht haben, wird uns jeder aufmerksame Beobachter der Vorgänge im Stadtverordnetenkollegium zugestehen, denn fast in jeder Sitzung dieser Körperschaft gelangen Gegenstände zur Beratung, die von hoher Bedeutung für die Arbeiterschaft sind und die beweisen, daß mit allen Kräften eine der Zahl nach stärkere Vertretung der Arbeiterinteressen erstrebt werden muß. Es erscheint nämlich, heute auf zwei Punkte hinzuweisen, die im vergangenen Jahre zur Beschlussfassung standen und die eindringlicher als viele Worte die Wichtigkeit unserer Ansicht bestätigen. Am 22. Mai 1901 stand im Stadtverordnetenkollegium das Löbnitzer Wohnungsprojekt zur Verhandlung. Die Hausbesitzer und die mit ihnen verbündeten Mittelstandsparteiler boten alles auf, um die diesbezüglichen Verträge zu Falle zu bringen, weil sie von der Annahme derselben eine Konkurrenz der Hausbesitzer befürchteten. Bekanntlich handelt es sich bei dem Löbnitzer Projekt um die Errichtung preiswerter kleiner Wohnungen. Die Verträge wurden schließlich nach heftiger Debatte, in die auch unsere Vertreter wiederholt eingriffen, mit 35 gegen 32 Stimmen genehmigt. In der Sitzung am 3. Juni 1901 handelte es sich um eine Eingabe des Schuhverbandes für Handel und Gewerbe betreffend eine Sonderbesteuerung der Konsumvereine. Auch hier waren es die Vertreter der Hausbesitzer und Mittelstandskretter, die energisch für die Eingabe ins Zeug gingen. Das Verlangen wurde ja schließlich mit 32 gegen 31 Stimmen abgewiesen, aber mit 34 gegen 29 Stimmen beschlossen, den Rat zu ersuchen, baldigst eine Petition um Erlass eines Landesgesetzes zur Besteuerung der Warenhäuser und Villalen an das Ministerium zu richten. Bezeichnend ist es nun, daß bei den genannten Dingen, wie bei vielen anderen, es gerade die Hausbesitzer und Mittelstandskretter sind, die gegen die Arbeiter energisch ins Zeug gehen. Die Vertreter dieser Parteien sind zum Teil in der dritten Klasse gewählt worden. Das könnte nicht geschehen, wenn alle Arbeiter ihre Pflicht erfüllten, d. h. sich das Wahlrecht zu den Stadtverordnetenwahlen verschaffen. Wir hoffen, durch diesen Hinweis wieder manchen Säumigen veranlaßt zu haben, nunmehr seine Schuldigkeit zu thun.

Die Einziehung rückständiger Steuern eines früher in Sachen wohnhaften Arbeiters durch einen auswärtigen Arbeitgeber war bekanntlich seiner Zeit vom Abgeordneten Behrens im Landtage kritisiert worden, worauf der Finanzminister Dr. Müller das hierauf bezügliche Verfahren des Leipziger Volkstreuhandsamtes als ungebührlich und ungebührlich bezeichnete. Der Rat der Stadt Leipzig beschloß demzufolge in seiner Sitzung, nachdem der Deputierter des Stadtsteueramtes, Herr Stadtrat Ludwig Wolf, sich veranlaßt gefühlt hatte, den Sachverhalt darzustellen, diese Darstellung dem Ministerium zu übermitteln in der Ueberszeugung, daß das letztere zu einer anderen Meinung gelangen werde. Ueber eine direkte Antwort des Ministeriums ist zwar nichts bekannt geworden. In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer nahm jedoch der Finanzminister Dr. Müller Gelegenheit, zu konstatieren, daß dieses Verfahren zwar keine gesetzliche Grundlage habe, aber auch nicht im Widerspruch mit der Zivilprozessordnung stehe. Eine andere Frage sei es, ob das Verfahren als ein zweckmäßiges zu betrachten sei. Er möchte daselbe nicht begründen, und er würde Schritte unternehmen haben, um es für die Zukunft zu vermeiden. Er habe nur verfügt, daß es bei auswärtigen Arbeitgebern nicht angewendet wird.

Gegen das Submissionswesen nahm man in der letzten Sitzung der Dresdener Gewerbestammern Stellung. Alle die Mißstände, die dieses System zeitigt und die in der Defizitfähigkeit schon so unglücklich viele Male erörtert und kritisiert worden sind, wurden lebhaft besprochen. Erhöhten wurde die Anwendung des Durchschnittspreisverfahrens, wie es hier und da schon geübt wird. Das heißt, die Gesamtsumme, die sich aus den gemachten Offerten ergibt, wird durch die Zahl der Offerten dividiert, und wer der so gewonnenen Zahl am nächsten steht mit seiner Offerte, der bekommt die Arbeit. Außerdem wurden noch eine Reihe anderer Vorschläge angenommen, die den Forderungen und Behörden zur Befolgung empfohlen werden sollen. Besonders hervorzuheben sind: Ausschließung von Gesamtunternehmern, ausreichende Fristbestimmungen, Sinequie von Fachleuten, Ausschluß von Bewerberinnen, die in Strafanstalten arbeiten lassen, unzuverlässig sind oder sich wiederholt im Konkurs befinden haben, Verzinsung der Sicherheitsbeträge, Zahlung bei unpünktlicher Erfüllung der Verbindlichkeiten des Unternehmers gegenüber Handwerkern und Arbeitern u. s. w. Ein Herr aus Weissen wandte sich besonders dagegen, daß bei Vergebung von Arbeiten Stadtverordnete bevorzugt würden.

Wegen Beseitigung der vorhandenen Mängel beim faktischen Submissionswesen hat der Feinungsausschuß zu Bauten eine Petition an den Landtag gerichtet, die, wie aus dem heutigen Bericht zu ersehen ist, in der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer verhandelt wurde.

Wegen Gotteslästerung und Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen war gegen den Ueberseher der Tolstojischen Schrift, Der Sinn des Lebens, Direktor Löwenfeld vom Schillertheater in Berlin und gegen den Verlagsbuchhändler Eugen Diederichs in Leipzig Anklage erhoben worden. Die Verhandlung, die morgen vor der 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts stattfinden sollte, ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Die zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode wird am 12. Juni ihren Anfang nehmen. Am 12. und 13. Juni werden vier kleine Strafsachen erledigt werden, am 14. Juni (Sonntag) und 15. Juni ist Pause, und am 16. Juni beginnt dann der mindestens zwei Wochen in Anspruch nehmende Prozess gegen die vormaligen Direktoren und Aufsichtsräte der Leipziger Bank.

In der Bibliothek des Volksvereins für Magwig-Lindenau wurden im Monat Mai 279 Bände ausgeliehen. Infolge des großen Interesses, das die Mitglieder an der Bibliothek nehmen, ist es möglich geworden, daß diese in nächster Zeit auf den Stand von circa 1000 Bänden gebracht werden kann.

Zur Beachtung für Radfahrer. Nach der Ministerialverordnung vom 2. April 1901 ist bekanntlich jeder Radfahrer verpflichtet, eine Radfahrkarte bei sich zu führen. Die Karten werden für das Kalenderjahr ausgestellt. Demnach sind die im Vorjahre ausgestellten Radfahrkarten, auch wenn sie noch nicht ein volles Jahr im Besitze der Betreffenden sind, ungültig und nur die auf das Jahr 1902 lautenden Karten haben Gültigkeit. Auch in diesem Jahre wird wieder von der Polizei Kontrolle bezüglich der Mitführung der vorgeschriebenen Radfahrkarten ausgeübt. Bei einer in den letzten Tagen an der Stadtgrenze vorgenommenen polizeilichen Kontrolle wurden eine größere Anzahl Radfahrer, die nicht im Besitze einer solchen Karte waren, mit je 1 M. Strafe belegt.

Ein Sonderzug nach Kaanhof, Grimma und Leisnig sowie nach Goldig und Rochlitz wird am Sonntag den 8. Juni von Leipzig abgehen. Die Abfahrt erfolgt vom hiesigen Dresdener Bahnhofe 6 Uhr 52 Min. vorm., Ankunft in Leisnig 8 Uhr 25 Min. vorm., in Rochlitz 8 Uhr 28 Min. vorm. Die Rückfahrt erfolgt 8 Uhr 55 Min. nachm. von Rochlitz und 8 Uhr 55 Min. nachm. von Leisnig. Näheres ergeben die Anschläge auf den vom Zuge berührten Stationen sowie an den öffentlichen Anschlagtafeln in Leipzig.

Eine sommerliche Gesundheitsfrage wird im Lancet erörtert, und die betreffenden Ausführungen sind einer Beachtung an zuständiger Stelle dringend zu empfehlen. Die Frage dreht sich um die Herstellung der sommerlichen Erfrischungen, im besonderen von Speiseeis. Es sind zuweilen, wenn auch nicht gerade häufig, Fälle von Vergiftungen durch derartige Genussmittel vorgekommen, und es gehört zweifellos zu den Pflichten unserer Gesundheitsbehörden, etwas Derartiges unmöglich zu machen. In einer Stadt, die ein wenig weit von uns entfernt liegt, nämlich in Bristol, sind jetzt Vorschriften diesbezüglich erlassen worden, die unbedingt einer Nachahmung wert sind. Danach ist jeder Verkäufer von Speiseeis verpflichtet, dem ärztlichen Gesundheitsbeamten seines Bezirks von einem Ausbruch irgend einer anstehenden Krankheit unter den von ihm beschäftigten Leuten sofort Anzeige zu erstatten. Personen, die an Durchfall, Typhus, Scharlach, Diphtherie oder einer anderen anstehenden Krankheit, im besonderen auch einer anstehenden Hautkrankheit, leiden, dürfen auf keinen Fall bei der Herstellung oder beim Verkauf der Erfrischungsmittel angestellt werden. Ferner wird bestimmt, daß Speiseeis nicht in einem Raum hergestellt werden darf, der eine Öffnung nach einem Abzugsrohr, enthält, auch in keinem Raum, der gleichzeitig als Wohn- oder Schlafzimmer benutzt wird, oder wo sonst die bei der Herstellung benutzten Geräte einer Verunreinigung ausgesetzt sind. Die Geräte müssen häufig gefäubert, die Wände und Decken mindestens zweimal im Jahr frisch geputzt, die Fußböden wenigstens einmal wöchentlich mit einer antiseptischen Lösung gewaschen werden. Endlich ist die Benutzung von Eis aus Teichen, Kanälen oder Flüssen in der Nachbarschaft der Stadt verboten.

Leichenlandungen. Zu unserer gestrigen Notiz wird uns bezüglich mitgeteilt, daß der 58-jährige Arbeiter Walbe aus Zörbig bei Weiskensfeld beim Baden am Herzsägel gestorben ist und nicht, wie wir gestern meldeten, an die Anatomie abgeliefert, sondern in die Leichenhalle zu Lindenau überführt worden ist.

Mit Pferd und Wagen durchgebrannt. Gestern nachmittag hat ein Handelsmann zwei Arbeitern sein Geschirr anvertraut, womit die beiden das Weite gesucht haben. Das Pferd ist ein mittelgroßer, schwarzbrauner Wallach mit weißer Blässe. Der Wagen ist mit einer Plane überdeckt, worauf der Name Emil Schmidt, Trossin, steht.

In den Kanal gefallen ist gestern abend unterhalb der Kömmerichbrücke in L.-Lindenau ein Baggerer. Der Vermisste wurde von einem anderen Arbeiter mittels einer Stange gerettet.

Eine unbekante Mietgeldschwindlerin, die sich Anna Kühn nannte und in der Merseburger Straße in L.-Lindenau zu wohnen angab, hat in den letzten Tagen verschiedene hiesige Familien, an die sie sich scheinbar vermietete, um das ihr übergebene Mietgeld geprellt. Die Betrügerin ist etwa 19 Jahre alt, von schlanker, schmächtiger Gestalt, hat hageres, längliches Gesicht und dunkles Haar. Sie trug ein dunkles Kleid und ein schwarzes Sommerjackett.

Vermißt wird seit dem 30. Mai der am 14. April 1877 in Gessell geborene Marthelher Max Wildfeuer aus seiner am Mathäikirchhof 19 gelegenen Wohnung. Der Vermisste ist von mittler, schlanker Gestalt, hat dunkles Haar, blonden Schnurrbart und an der rechten Hand eine Schnittmarke.

In der Pleiße ertrunken ist gestern abend in der zwölften Stunde der am 7. Januar 1840 in Engeneß geborene Schlosser Johann Gottfried Schütze oberhalb des Germania-Bades, wo er unerlaubt gebadet hat. Der Leichnam des Ertrunkenen wurde polizeilich aufgehoben. Schütze war Witwer und wohnte hier, Hohe Straße 26 b.

Erschossen hat sich gestern abend in der 9. Stunde ein aus Wendisch-Borsdorf gebürtiger, 44 Jahre alter Bahnarbeiter in seiner in der Mariannenstraße zu S.-Neustadt gelegenen Wohnung. Ueber das Motiv zu dem Selbstmorde ließ sich nichts Näheres ermitteln.

Ferner hat heute vormittag einige Minuten nach 8 Uhr am Kopfplatze in der Promenade ein Mann durch einen Revolvererschuss in den Kopf seinem Leben ein Ende gemacht. Man erkannte in dem Erschossenen einen aus Neubudow gebürtigen 31 Jahre alten Köpfer, der in der Hohe Straße wohnte. Der Leichnam wurde an die Anatomie abgeliefert.

Mit Spiritus verbrannt hat sich gestern gegen Mittag die in L.-Lindenau, Roggardenstraße 42 wohnende Schirmmesterrwitwe Rosalie Müllner verbr. gewesene Schubert geb. Walsburg. Die im 63. Lebensjahre stehende Frau hat, als sie Kartoffeln

kochte, Spiritus aus einer Flasche in den noch nicht völlig verlöschten Spiritusapparat nachgegossen. Die Flasche explodierte und im Nu stand die Frau in Flammen. Die Verunglückte hat dadurch schwere Brandwunden davongetragen und mußte in das Krankenhaus übergeführt werden.

Der frevelhafte Leichsin. Petroleum in das Feuer zu gießen, hätte gestern abend beinahe wieder ein Opfer gefordert. Im Grundstücke Magwitzer Straße 90 zu L.-Kleinlochhofer wohnte ein 9-jähriges Mädchen in der Küche der elterlichen Wohnung beim Feueranzünden Petroleum in die Flamme, wobei die Flamme explodierte und die Kleider des Kindes, sowie die Diele, Feuer fingen. Zum Glück eilten rechtzeitig Hausbewohner herbei, die die Gefahr unterdrückten. Das Kind kam mit einer Verbrennung der linken Hand davon.

Ueber beide Meine gefahren wurde gestern vormittag auf der Breiten Straße in Langer-Crottendorf ein 12-jähriger Knabe aus Stütz. Der Knabe wurde derartig schwer verletzt, daß er nach dem städtischen Krankenhause gebracht werden mußte. Der Geschirrführer ist, weil er unachtsam gefahren sein soll, zur Verantwortung gezogen worden.

Kleine Polizeinachrichten. Gestohlen wurde ein Rover, sogenannte Tourenmaschine, Marke Biesse, mit schwarzem Rahmen und roten Felgen im Werte von 165 M. aus einem Grundstück bei Nikolaisstraße.

In der Ruchthurnstraße in L.-Lindenau stiegen Diebe in eine Wohnung ein und stahlen daraus eine Anzahl Werksachen, darunter eine goldene Damen-Remontuhr mit einer langen goldenen, feingliedrigen Kette, ein goldenes Kettenarmband mit blauem Steine, eine goldene doppelte Halskette mit Schieber in Herzform und eine Korallenkette mit Medaillon. Ferner fiel ein Gelbbetrag den Spühhuben in die Hände.

Geringfügige Brände, die von der Feuerwehr beseitigt worden sind, wurden gestern abend in der sechsten und heute früh in der siebenten Stunde aus Grundstücken des Mathäikirchhofs und der Bismardstraße gemeldet.

In der Salzstraße zu L.-Lindenau überfuhr das einen Lindenauer Bäckermeister gehörige Geschirr gestern nachmittag das dreijährige Lächterchen des Produzentenhändlers Wosse in der Karlstraße. Ob hier dem Kutscher ein Verschulden trifft, werden die Erörterungen ergeben.

Gestern vormittag ist am Bayerischen Bahnhof einem Herrn eine schwarzleberne Brieftasche mit einem Kreditbrief auf eine Londoner Bank über 400 Pfd. Sterling, Nr. 35140, vier Schiffsrückfahrkarten L. Kajüte Remont-Bremen sowie einen größeren Gelbbetrag, darunter 200 österreichische Gulden in Papiergeld, abhanden gekommen. Der Verlustträger hat auf das Wiedererbringen der Tasche mit dem Inhalte eine Belohnung von 50 M. ausgesetzt.

In der Nacht zum 2. Juni sind aus einer Wohnung der Kochstraße 2 Sparfassenbilder der hiesigen Sparkasse, Nr. 299975 und 248196, mit Einlagen von 1300 und etwa 1000 Mark, gestohlen worden. Die Bäcker lauten auf den Namen einer Frau Pauline Schneiderbeitz.

Aus der Partei.

Als Kandidat zur Reichstagswahl in Senne-Mettmann wurde Genosse Weist wieder aufgestellt. Bei dem niederrheinischen Parteitag wurde beantragt, daß durch den Parteivorstand ein billiges parlamentarisches Handbuch zur besonderen Benutzung bei den bevorstehenden Reichstagswahlen herausgegeben werden soll.

Von Nah und Fern.

Und abermals eine Grubenexplosion.

Amlicher Mitteilung zufolge fand in den Erbwachgruben der Borschlauer Aktiengesellschaft bei Lemberg eine Gasexplosion statt, wobei 16 Bergleute getötet, 4 schwer verwundet wurden.

Granenvolle Mordthat.

Wie der Ostdeutschen Rundschau aus Samter gemeldet wird, brachte in der Nacht zum Sonntag der Ziegelmeister Krämer in Szymonowo nach einem Streit mit seiner Frau derselben vier Weiltiebe auf den Kopf bei, wodurch die Frau lebensgefährlich verletzt wurde. Dann erdrosselte Krämer seine fünf Kinder im Alter von einem halben bis zu 10 Jahren mit einer Schur, schlug Nägel in die Wand und hing die Leichen auf. Der Mörder ist flüchtig.

Ein Verbrecher an seinen Kollegen.

Berlin, 3. Juni. Mit 30000 M. Verbandsgeldern ist der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Lederarbeiter, Weiswenger, flüchtig geworden.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Sonnabend den 31. Mai 1902.

(Mitgeteilt von Gebr. Glass.)

Weizen per 1000 kg netto	inländischer	170—175 bez. Brf.
rubig	ausländischer	174—179 bez. Brf.
Roggen per 1000 kg netto	inländischer	147—150 bez. Brf.
fest	ausländischer	154—157 bez. Brf.
Gerste per 1000 kg netto	Braugerste hiesige	—
	Mahl-u. Futterware	134—145 bez. Brf.
Hafer per 1000 kg netto	inländischer	168—170 bez. Brf.
rubig	ausländischer	—
Mais per 1000 kg netto	amerikanischer	—
	runder	134—138 bez. Brf.
	Cinquantin	130—138 bez. Brf.
Oelnsaat per 1000 kg netto	Raps	—
Rapskuchen p. 100 kg netto		—
Rübsl rohes p. 100 kg netto	flüssiges	54.50 nominell
frei Haus hier ohne Fass		
rubig		
Malz per 100 kg netto	Ausseramtlich:	
Wicken per 1000 kg netto	loco	26—28
Erbsen per 1000 kg netto	loco	190—200
	loco grosso	220—230
	kleine	190—200
	Futter	170—190
Bohnen per 100 kg netto	loco	18—20
Kleesaat per 100 kg netto	rot nach Qualität	60—100
	weiss nach Qualität	60—200
	gelb nach Qualität	40—46
	schwed. n. Qualität	120—160
Die Mühlen und Mehlkändler von Leipzig und Umgeg. notieren:		
Weizenmehl Nr. 0024.00	Roggenmehl Nr. 0	28.50
per 100 kg	per 100 kg	I 28.50
exkl. Sack	exkl. Sack	II 14.00—14.50
II 17—17.50 M.	Roggenkleie Mk.	10.50—14.00 per
Weizenschalen 9.50—10.00 M.	190 kg. exkl. Sack	

Briefkasten der Redaktion.

D. G. Wahren. Die Nummer umfaßt 36 Seiten. Abonnent. Ungefährlich.

Sozialistische Bankettpolitik.

(Paris, 29. Mai.)

Am Vorabend des Zusammentritts der neuen Kammer hat das Interföderale Komitee der P. S. F. (Zaure'sisten) ein Bankett veranstaltet „anlässlich der Wahlerfolge der Partei“.

Zu letzterer Hinsicht ist zunächst der Umstand bezeichnend, daß mit dem Vorstoß der Festlichkeit gerade die in Paris unterlegenen früheren Abgeordneten Viviani, Chaissain und Gras beehrt wurden, ebenso wie in der auf den 31. Mai festgesetzten großen Parteiverammlung die unterlegenen Abgeordneten Turnaire und Renou den Vorsitz führen werden.

Nun zu den Bankettreden, deren wesentlicher Inhalt wiedergegeben werden mag.

Der Vorsitzende Viviani beginnt mit einem historischen Rückblick auf die sozialistische Wahlerfolge. 1893 wuchs die Kammerfraktion sprunghaft von einigen wenigen auf 50 Mitglieder an. Das war kein normales Wachstum. Damals haben sich dem Sozialismus zweifellos Elemente angeschlossen; 1896 mußte daher die Partei gesäubert werden.

Edgar Villaud, Redaktionsmitglied der Petite République, spricht namens des Interföderalen Komitees. Dieser Auftrag, wie er bemerkt, wurde ihm deshalb zu teil, weil er kein Wahlamt bekleidet und auch nie bekleidet hat.

Er betont den prinzipiellen Unterschied zwischen der sozialistischen Partei und selbst der äußersten Linken der bürgerlichen Demokratie. Wir können mit den demokratischen Parteien zusammengehen im Kampfe für Reformen oder in der Verteidigung der Demokratie, aber sie sind uns im Grunde feindlich, weil wir zwei antagonistische Klassen vertreten.

Zaure's stimmt dem Vorredner rückhaltlos zu, aber seine Aufgabe sei es, ausschließlich über die parlamentarische Taktik in der neuen Legislatur zu sprechen.

So viel wahre oder simulierte Leidenschaften entfacht, ist zu Ende. Wir haben unsere vorjährigen Anstrengungen nicht zu bedauern. Unsere hochmütig intransigenten Kritiker haben sich geirrt. Es sind entscheidende Resultate erlangt worden, oder wenigstens solche, die durch unsere Thätigkeit entscheidend werden können.

Im Zusammenhang damit beurteilt Zaure die „Kommunikationen des Marxismus von jenseits des Rheins“, wo eine Revue sich „zu einem internationalen Censurbureau“ aufgethan hätte.

Zur parlamentarischen Taktik übergehend, betonte Zaure's, daß die Schwierigkeiten im Parlament wachsen würden, trotz des Endes der Millerand'schen Ministerkabinetts. Die Logik der Thatsachen — die freilich eine andere sein kann als die Logik der parlamentarischen Intriquen und die des Präsidenten Loubet — verlangt ein radikales Ministerium, da die Radikalen und die sozialistischen Radikalen zum erstenmal eine große Mehrheit innerhalb der republikanischen Mehrheit bilden.

Die Festsitzungsbereitschaft Zaure's eine anhaltende Ovation: alle erheben sich von den Plätzen und spenden nicht endenwollenden Beifall.

Das Parteikomitee wird die vier Bankettreden vollinhaltlich als Broschüre zum Massenvertrieb veröffentlichen.

Sächsischer Landtag.

s. Dresden, 2. Juni.

102. Sitzung der Zweiten Kammer.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der Bericht der Finanzdeputation A über Kapitel 20 des ordentlichen Staatshaushalts.

haltsetats über die direkten Steuern. Wir haben das wesentlich aus diesem Bericht bereits mitgeteilt und auch dabei bemerkt, daß die darin erfolgten Berechnungen mit Berücksichtigung eines Steuerzuschlags von 25 Prozent vorgenommen worden sind.

Abg. Däberly (Berichterhalter): Die Regierung habe nachträglich die Erträge der Einkommensteuer von 35 Millionen auf 36 Millionen hinausgesetzt. Die Deputation habe diesem Verfahren zugestimmt, wenn sie auch Bedenken nicht unterdrücken konnte.

Abg. Steiger beschwert sich darüber, daß die Einschätzungs-Kommissionen häufig die Abzüge der abzugsfähigen Beträge nicht zulassen wollten. Er ersucht die Regierung um entsprechende Instruktion der Steuerinspektoren.

Abg. Welter: Nach den geltenden Bestimmungen solle die Grundsteuer zur Hälfte den Gemeinden überwiesen werden. Das sei aber in Wirklichkeit vielfach nicht der Fall. In seiner Gemeinde Böllau kam es oft vor, daß man bei Errichtung neuer Gebäude die Festsetzung der Grundsteuer nicht mehr rechtzeitig bewerkstelligen kann, um für das betreffende Steuerjahr noch die Grundsteuer zu erheben.

Abg. Krensch (Geometer in Ramey) bemängelt in mehrfacher Hinsicht das Einschätzungsverfahren und weist auf gewisse Schwierigkeiten bei der Grundsteuerregulierung hin, die hauptsächlich beständen, weil ein reichliches Zehntel der sächsischen Steuern noch nicht vermessene sei.

Abg. Rubelt bemängelt ebenfalls die Grundsteuerregulierung und beschwert sich über die Handhabung der Bestimmungen über die Wandlerlagersteuer. So habe man Kommissionen nicht als steuerpflichtig bezeichnet. Wollte man so weiter verfahren, so gingen dem Mittelstande die Vorteile der Wandlerlagersteuer verloren.

Finanzminister Dr. Küger: Die Wünsche des Abg. Rubelt seien in der Finanzdeputation erörtert worden und die Regierung werde diesen Wünschen so weit entgegenkommen, als innerhalb der gesetzlichen Grenzen möglich sei. Ich muß noch die Gelegenheit ergreifen, um einen Irrtum zu berichtigen, der mit selbst unterlaufen ist. Auf eine Beschwerde des Abg. Behrens über einen Fall von Eintreiben rückständiger Steuern gegen einen Arbeiter in Köln a. Rh. durch den Arbeitgeber des Arbeiters — ein Fall, der durch die sächsische Zeitung der Öffentlichkeit unterbreitet worden ist — habe ich damals gesagt, daß hier wahrscheinlich ein Uebergriff der Steuerbehörde in Leipzig, von wo aus die Eintreibung eingeleitet worden war, vorliege, und hinzugefügt, daß dieses Verfahren ungesetzlich sei.

Gehelmrat Dr. Fischer geht auf die von den verschiedenen Rednern vorgebrachten Wünsche ein. Dabei betont er auch, daß nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen nicht jedes Kommissionslager mit Wandlerlagersteuer belegt werden könnte.

Nach weiteren unwesentlichen Bemerkungen der Abgeordneten Ritterberger, Welter und Rubelt und des Ministerialrats Dr. Diller wird nach dem Vorschlage der Finanzdeputation A beschlossen, bei Kapitel 20, Titel 1—6, die Einnahmen mit 51 861 800 Mk. und die Ausgaben mit 3 352 050 Mk. zu bewilligen.

Petition des Stadtrats in Leipzig

um Abänderung des § 27 Abs. 2 der revidierten Städteordnung. Dieser Paragraph bestimmt, daß Gemeindefaßten wegen Grundbesitzes und Gewerbebetriebes nur dort in Anwendung gebracht werden können, wo die Niederlassung besteht. Ausnahmen von dieser Regel können nach Absatz 2 durch von der Aufsichtsbehörde genehmigten Beschlüssen der Gemeindeorgane für besondere Fälle namentlich dann gestattet werden, wenn jemand sein Einkommen nur von auswärtigem Grundbesitz oder Gewerbebetrieb bezieht.

Alsdann steht die Petition des Buchhalters Bernitz in Dresden um Entschädigung wegen unzulässig erlittener Untersuchungshaft zur Beratung. Die Deputation beantragt, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Die vereinigten Krankenkassen von Dresden und Umgegend ersuchen in einer Petition um Aufhebung des Gesetzes über die ärztlichen Bezirksvereine oder, wenn das nicht angängig sein sollte, um Beseitigung des § 15 der ärztlichen Standesordnung, der bestimmt, daß Verträge mit Krankenkassen und sonstigen Korporationen vor ihrem endgültigen Abschluß dem Bezirksvereine zur Genehmigung vorzulegen sind.

wielach Zustimmung hervorgerufen hat. Die Regierung hat durch einen Kommissar erklären lassen, daß zu einer Aufhebung des Gesetzes über die ärztlichen Bezirksvereine keine Veranlassung vorliege und auch auf eine Aufhebung des § 15, der die Standesordnung nicht zuzukommen sei. Dagegen sei zu erwägen, ob nicht eine Abänderung dieses § 15 dahin zu empfehlen sei, daß die Bezirksvereine solche Verträge nicht mehr genehmigen, sondern nur noch begutachten sollen.

Die Deputation beantragt, die Petition, soweit sie auf Aufhebung des Gesetzes vom 28. März 1896 gerichtet ist, auf sich beruhen zu lassen, im übrigen aber der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Die Kammer tritt diesem Votum ohne Debatte bei.

Eine Petition des Vorstandes des Innungsausschusses zu Bautzen wegen des jehige Submissionsverfahren fordert in der Hauptsache die Vergütung von Staatsarbeiten in kleinen Losen und an die Handwerker in dem Orte, wo der Staatsbau ausgeführt wird. Außerdem sollen die Arbeiten zu Preisen vergeben werden, bei denen beide Teile gleich zu ihrem Vorteil fänden. Zu diesem Ziele könne man aber bei dem jehigen Submissionsverfahren nicht gelangen, das dahin führe, immer dem billigsten Bewerber die Arbeit zuzuschlagen. Um das zu verhindern, solle die Regierung den Grundlag verfolgen, nur denjenigen Bewerber den Zuschlag zu erteilen, dessen Gebotsforderung eine solche ist, daß dafür eine solche Bauausführung bei möglichem Verdienste möglich ist.

Die zweite Kammer beschließt ohne Diskussion in Uebereinstimmung mit dem Votum der Deputation, die Petition, soweit sie sich auf die einheitliche Gestaltung des Submissionsverfahrens, die Vergütung der Arbeiten in kleinen Losen und die Gewerke an Dreie, bezieht, der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen, im übrigen aber auf sich beruhen zu lassen.

Die Petition des Geschäftsführenden Paul Blech in Dresden um Gewährung einer Vergütung für den ihm infolge Ausbleitens im Amtsgerichtsgebäude zu Dresden entstandenen Schaden wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiehen.

Der folgende Punkt der Tagesordnung betrifft die durch den Bau des Requisitionshauses für das Hoftheater in Dresden entstandene Nachforderung von 98000 Mk. Die Regierung hat nach dem Berichte der Finanzdeputation A zur Begründung dieses Nachverlangens angeführt, es habe sich eine andere, kostspieligere Anordnung des Couloirmagazins nötig gemacht. Ferner sei leider in dem der Standesversammlung vorgelegten Anschlag nicht berücksichtigt worden, daß das Requisitionshaus nach den Bauausgabenbestimmungen 3,60 Meter über die Bodenfläche herausgehoben werden mußte. Die Deputation hat sich nach eigener Inaugenscheinnahme mit den Erklärungen der Regierung zufrieden erklärt und beantragt, die 98000 Mk. nachträglich zu bewilligen. Die Kammer beschließt demgemäß.

Lehter Gegenstand der 8 Punkte umfassenden Tagesordnung ist der Bericht der Finanzdeputation A über den Nachtrag zum außerordentlichen Staatshaushaltsetats, über Bewilligung der dritten und letzten Rate für den Bau eines neuen Dienstgebäudes für die Ministerien des Innern, des Kultus, der Justiz und der auswärtigen Angelegenheiten.

Der Berichterstatter Abg. Schubart bemerkt: Nachdem man vor Jahren über den Bau beschloßen und beraten, sei auf einmal wie ein Blitz aus heiterm Himmel die Erklärung von der Regierung gekommen, daß die Gebäude für alle vier Ministerien zu klein seien, insbesondere werde kein Raum für das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten sein. Die Deputation habe jedoch darauf bestanden, daß das Gebäude seinem ursprünglichen Zweck nach alle vier Ministerien beherbergen solle und hat schließlich folgenden Beschluß gefaßt:

Die Kammer möge beschließen, die bei Titel 50 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats eingestellten 1292070 Mk., ebenso die in dem Schreibe des Ministeriums des Innern vom 14. Mai 1902 weiter geforderten 401897 Mk., jedoch unter Abstrich der für die Mobilarausrüstung verlangten 426000 Mk., demnach insgesamt 1269376 Mk. und zwar nur unter der ausdrücklichen Voraussetzung zu bewilligen, daß das Ministerium des Innern bei seiner früber betrefis und bedingter Ausnahme der für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten erforderlichen und bei der Planung vorgesehenen Räume in das im Bau begriffene Ministerialgebäude verbindlich abgegebenen Erklärung allenthalben stehen bleibt.

Daraufhin habe der Minister des Innern, Herr v. Meiß, noch eine Erklärung abgegeben, wonach er eine bindende Erklärung nicht abgeben könnte, daß alle vier Ministerien auf die Dauer in dem neuen Gebäude untergebracht werden können. Er wolle sich aber mit dem Deputationskollegium zufrieden geben, wenn daraus das Wort unbedingt gestrichen werde. Darauf hat man dem Minister den Bescheid erteilt und das Wort gestrichen, so daß mit Ach und Krach ein kleiner Konflikt vermieden worden ist.

Die Kammer schließt sich unter Streichung des Wortes unbedingt dem Deputationskollegium an und bewilligt die angeführte Summe unter der von der Deputation vorgeschlagenen Fassung.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Wohnungs-geldzuschüsse und Petitionen.

Künster internationaler Textilarbeiter-Kongreß.

st. Zürich, 1. Juni.

In der herrlich am Alpenquai gelegenen neuen Tonhalle trat heute der Kongreß zu seiner Arbeit zusammen. Der Eröffnung wohnten zahlreiche Zuhörer und Deputierte der Staats- und städtischen Behörden bei. Besonders stark sind auch diesmal die Engländer vertreten; aus Deutschland waren bei der Eröffnung 12 Vertreter der Gewerkschaften und ein Vertreter des Gewerksvereins (Girsch-Dunder) anwesend. Die genaue Präsenzliste wird sich erst am zweiten Tage aufstellen lassen. — Nach einigem, vom sozialdemokratischen Arbeiterfängerbund ergatt vortragenen Begrüßungsreden, ergriff der Senior der schweizerischen Sozialdemokratie, Antonlatr Greulich, das Wort. Mit einer Jugendfreude, die gar mancher bei dem „Alten in schneeweißem Haar“ nicht vermutete, ließ er die Vertreter aller Nationen herzlich willkommen und dankte im Auftrage des Organisationskomitees den erschienenen Vertretern der Behörden von Nation und Stadt Zürich. Unter begeisterten Beifall betonte er weiter, daß nur auf dem Boden des Sozialismus, wie derselbe durch die internationale Sozialdemokratie verkörpert sei, die Arbeiter in ihren einzelnen gewerkschaftlichen Verbänden siegen könnten. — Nach Festsetzung der Geschäftsordnung wurde die tägliche Sitzungsdauer auf 6 Stunden festgesetzt, damit den einzelnen Nationen genügend Zeit zur geforderten Beratung einzelner Punkte verbleibe. Am Nachmittag fand zu Ehren der fremden Gäste ein Volksfest im Escherhof statt. Nachdem der Parzer Pfleger, die Kopf an Kopf gebrängte Festversammlung in bezeichnenden Worten und mit dem Hinweis auf den Achtundentag begrüßte, folgten die Ansprachen aller auf dem Kongreß vertretenen Nationen; für Deutschland sprach der Reichstagsabgeordnete Baubert. Von allen Seiten wurde einmütig die Internationalität der modernen Arbeiterbewegung betont.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 2. Juni.

Wegen Diebstahls ist die aus Schlesien gebürtige Arbeiterin Ania Schröder mehrfach bestraft worden. Am 12. März d. J. verließ sie die als Auswärtinmädchen innegehabte Stellung und stahl dem Dienstmädchen W., das mit in dem Restaurant diente, ein Portemonnaie im Werte von 60 Pf. und 3 Mk. und einigen Pfennigen Inhalt. Die Sch. hat den Deckel des verschlossenen Koffers, worin sich das Portemonnaie befand, gewaltsam geöffnet

und hat sich nun dieserhalb wegen schweren Einbruchdiebstahls vor der 4. Strafkammer zu verantworten. Zu ihrer Entschuldigung führt sie an, daß sie beim Verlassen der Stellung mittellos war und, um sich eine Schlafstelle suchen zu können, den Diebstahl begangen habe. Das Gericht billigte ihr mit Rücksicht auf diesen Entschuldigungsgrund mildernde Umstände zu, mußte aber, weil die Rückfallsbestimmungen Anwendung finden mußten, auf eine längere Gefängnisstrafe erkennen und setzte eine solche, unter Anrechnung von zwei Wochen der Untersuchungshaft, auf 1 Jahr 2 Monate fest.

Zahlreiche Einbrüche in den westlichen Vororten hatten der erst 17 Jahre alte, aus Entzsch gebürtige Arbeiter Karl Bruno Petri, der 20 Jahre alte, aus Lindenau gebürtige Arbeiter Karl Edmund Jenzsch, der 22 Jahre alte, aus Halle gebürtige Tischler Friedrich Wisch, Paul Neumann und der in Kurich geborene Arbeiter Karl Rich. Fischer Ende vergangenen und Anfang dieses Jahres ausgeführt; behilflich bei der Verübung der Waren in einzelnen Fällen soll ihnen der Arbeiter Friedrich Brahmman gewesen sein. Bei der Hausdurchsuchung und Verhaftung fand man bei Fischer noch Weinflaschen im Sofa versteckt vor. Sie führten die Diebstähle zu zweien und dreien aus, während sie sich im Schnierestehen abwechselten. Aus einem Kiosk in der Karl Heine-Strasse in Plagwitz stahlen Jenzsch, Neumann und Petri in der Nacht zum 29. Januar 450 Stück Cigarren, einen Wassereimer und eine Schürze. Aus einem Schuhwarenladen in Plagwitz stahl Petri ein Paar langschäftige Stiefel, während Neumann Waage stand. In der Werfener Straße 64 brachen die Diebe in einen Keller ein und nahmen dort zehn Flaschen Weiß-, Rot- und Malagawein an sich, den sie auf dem früheren Lindenauer Friedhof gemeinschaftlich austranken. Petri stahl dann allein noch ein Paar Damenstiefel, machte sie mit Hilfe seiner Freunde zu Geld und der Erlös wurde gemeinschaftlich verthan. In der Nacht zum 4. Februar führten Petri, Jenzsch und Neumann in dem Grundstück Markt 8 in Lindenau einen größeren Diebstahl aus, indem sie in den Laden einbrachen, dort drei Säcke mit Kaffee, Schokolade und andere Waren im Werte von 87 Mk. zurecht machten und in den Hof stellten. Sie suchten nun nach Geld, erwischten auch welches, doch ist die Summe nicht festgestellt worden. Hierbei sind sie nur überrascht worden, entkamen aber noch unter Zurücklassung der Säcke mit den Waren. In einem anderen Grundstück am Markt stahlen sie 450 Cigarren und etwa 1200 Stück Cigaretten. Außer einer Anzahl anderer Diebstähle, welche die Gesellschaft ausführte, fällt Petri noch das Vereren von Frühlingsbeuteln in etwa vier Fällen zur Last. In der heutigen Hauptverhandlung geben sie nur einiges zu; im übrigen bestreiten sie die ihnen zur Last gelegten Diebstähle und machen so verwehrte und widersprechende Angaben, daß es dem Gericht äußerst schwer wird, festzustellen, wer bei diesen oder jenem Diebstahl mitgewirkt resp. den Fehler gemacht hat. Der Staatsanwalt beantragt mit Rücksicht auf das hartnäckige Vergnen der Haupttäter, ihnen unter keinen Umständen mildernde Umstände zuzubilligen und da, wo der straffährende Rückfall Anwendung zu finden hat, auf eine längere Zuchthausstrafe zu erkennen. Das Gericht beurteilte Petri zu 2 Jahren 8 Monaten Gefängnis, Jenzsch zu 3 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust, Neumann zu 3 Jahren 10 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust, Fischer unter Anrechnung von 10 Wochen der Untersuchungshaft zu 8 Monaten und Brahmman, bei dem nur in einem Falle Begünstigung in Frage kam, zu einer Woche Gefängnis, wovon drei Tage der Untersuchungshaft abgerechnet wurden. Petri wurden zwei, Jenzsch und Neumann je ein Monat der Untersuchungshaft angerechnet.

Vereine und Versammlungen.

Im Wahlverein für den 12. städtischen Reichstagswahlkreis sprach vergangenes Dienstag Redakteur Jaedl über Wandlungen in der sozialistischen Theorie und Taktik. Redner ging davon aus, daß in einer gesellschaftlichen Bewegung und noch mehr in einer politischen Partei, die dieser Bewegung diene, eine stetige zeitliche Prüfung der Grundanschauungen dieser Bewegung notwendig und daher berechtigt sei. In diesem Sinne habe schon Karl Marx vor mehr als 50 Jahren den kleinbürgerlichen französischen Sozialismus getadelt, daß dieser die Bewegung in die vorgefaßten doktrinen Ideen einzelner Sozialisten zu pressen suche und dadurch die wirkliche Selbstbewegung des Proletariats nicht in Fluß kommen lasse. Allerdings habe es ganz bestimmte Schwierigkeiten, ein sozialistisches System, das eine gesellschaftliche und geistige Umwälzung erstrebe, in die Wirklichkeit umzusetzen, und jeder Tag stelle die Bewegung erneut vor die Frage, wie sie die Schärfe des Prinzips mit der spröden realen Tatsächlichkeit in Einklang bringen wolle, und in diesem Sinne habe bereits Lassalle von dem ewig gegenwärtigen inneren Konflikt alles revolutionären Handelns gesprochen. Die Verwirklichung der revolutionären Idee lasse sich nicht improvisieren; es gelte vielmehr, nach dem Ausspruch Lassalles, im Anfang der Bewegung die prinzipiellen Gesichtspunkte zurücktreten zu lassen, sich selbst und anderen die letzten Ziele zu verschleiern, um durch dieses Klug eroberte Stück Wirklichkeit nach und nach selbst Wirklichkeit zu werden. Zu dieser Richtung habe sich die ganze Agitation und Taktik Lassalles bewegt, und Lassalle sei daher der klassische Vater des Opportunismus. Dieser Opportunismus werde zunächst in der Agitation betätigt; aber mit dem Beginn einer politischen Partei nehme auch der taktische Opportunismus ganz von selbst seinen Anfang. Redner weist darauf hin, daß die bedenklichste Species des Opportunismus, der programmatische Opportunismus, am Anfang der Geschichte der Partei stehe, wie der propagandistische Opportunismus am Anfang der Bewegung. Das Einigungsprogramm in Gotha 1875 sei der geschichtliche Schulfall des programmatischen Opportunismus, der damals übrigens die schärfste Kritik von Karl Marx herausgefordert habe. Eine politische Partei werde überdies, auch wenn sie noch so revolutionär in die Welt trete, einen gewissen Opportunismus nie ganz vermeiden können; die Wahl-agitation, die sich an die rückständigsten Bevölkerungsteile wende, nötige von selbst eine Annäherung an das politische Bewußtsein dieser Kreise und ihre speziellen Interessen auf, und, wenn der Wahlerfolg geholt habe, lasse sich auf die Dauer die Wählerpolitik um so weniger behaupten, je größer die Vertretung der Partei werde. Früher habe die kleine Reichstagsfraktion den Kampf um Schutz und Freihandel ungestraft als eine „interne Streitfrage der herrschenden Klassen“ bezeichnet und behandeln können; bei der Abstimmung zum russischen Handelsvertrag sei die Fraktion genötigt gewesen, für den 3.50 Mk.-Zoll zu stimmen, um eine Mehrheit gegen den 6 Mk.-Zoll bilden zu helfen, und jetzt stehe sie im Vorderreffen des Kampfes gegen den Protektioner. Schon durch den parlamentarischen Mechanismus der Majoritätsbildungen werde die Partei zu Kompromissen gezwungen; und dieser parlamentarische Opportunismus werde dann guleht schon

im Wahlkampf vorweggenommen, indem die Partei Wahlkreise mit Parteien abschleife, mit denen zusammen sie im Parlament Mehrheiten bilden wolle. So insbesondere, wenn die politische Macht einseitig in den Händen einer Partei liege, wie dies Jahrzehnte lang in Baden der Fall gewesen sei und auch neuerdings wieder in Belgien. Wenn alle diese Spielarten von Opportunismus haben gemeinsam eines gemeinsam, daß nämlich ihr opportunistisches Handeln mit Vorbehalt geschehe, im Sinne jenes Lassalleschen Wortes, „durch dieses Klug eroberte Stück Wirklichkeit die Wirklichkeit selbst zu erobern.“ Ein anderes sei es, wenn diese „positive Arbeit“ Selbstzweck werde, wenn die Gewinnung ökonomischer Positionen und politischen Besitzes selbst wieder zu Theorien sich verdicke, die dann notwendig den ewig gegenwärtigen, dialektischen Widerspruch alles revolutionären Handelns auch theoretisch in die Erscheinung treten lassen. Eine bezügliche grundsätzliche Formulierung des Opportunismus sei die sozialistische Lehre von der „stufenweisen Eroberung der politischen Macht“ und der Relativität des Klassenstaats wie auch die einseitig wirtschaftliche Wachsbarkeit der Jungen. Vollmar formuliere den einseitigen politischen, die Jungen den einseitig ökonomischen Opportunismus, — die übrigens beide in einer völligen Verkennung der Natur des Klassenstaats und der Tendenz der kapitalistischen Entwicklung wurzeln —, und seien als solche Antithesen. Die Synthese beider Lehren habe Bernstein in seiner Theorie von der allmählichen Sozialisierung und Demokratisierung der Gesellschaft gefunden; sein Revisionismus sei die umfassendste und erfolgreichste Formulierung des Opportunismus aus Prinzip. Er beseitige den dialektischen Widerspruch alles revolutionären Handelns sehr einfach durch Aufgabe der revolutionären Idee selbst. Die Probe auf den Revisionismus könne nur die Erfahrung bringen; und im Fall Millerand sei das Kabinettstück dieser Lehre, wenigstens auf politischem Gebiet, schmählich verurteilt. Die Veröffentlichung des Marx-Lassalle-Nachlasses habe übrigens auf die ganze Streitfrage wie eine Offenbarung gewirkt; dadurch sei bewiesen worden, daß der einseitig ökonomische Gesichtspunkt, der in der Agitation so gerne in den Vordergrund gehoben und als „Hebung des Arbeiterstandes“ gepriesen werde, den ersten Vorkämpfern des Sozialismus ganz fern gelegen habe. Sie sprechen von der „Befreiung der Arbeiterklasse“ und gehen aus von dem Problem der deutschen Revolution. Der vormärzliche Polizei- und Militärstaat sei noch vollständig vorhanden; und wenn auch manchmal ein beralketes Vorwerk, wie das Verbindungsverbot der Vereine, niedergelegt werde, so habe das genau so viel Wert, wie wenn die deutsche Militärverwaltung die Stadtmauer von Weh auflasse. Ganz im Gegensatz zu Bernsteins Theorie von der Demokratisierung der Gesellschaft weise eine geschichtliche Betrachtung aus, daß der Kapitalismus die politische Macht immer einseitiger in die Hände der herrschenden Massen stelle, daß der Parlamentarismus, wenigstens in Deutschland, als Macht immer mehr eine Maske werde und höchstens nur den moralischen Wert einer öffentlichen Kontrolle des stetig sich schärfer zentralisierenden staatlichen Machtapparats werde. Damit sei aber auch bewiesen, daß die Kraft der sozialistischen Bewegung eine vorwiegend moralische, ideale sei, und daß sie ihre ganze Arbeit auf die Umgestaltung des politischen Bewußtseins konzentrieren müsse. Auch die politische Partei müsse sich immer einseitiger in den Dienst der revolutionären Idee stellen, wie ja auch das Reichstagswahlrecht, auf dem ihre Organisation aufgebaut sei, in Deutschland ein Zufallsprodukt sei, das selbst durch keine Wahrgarantien geschützt sei. Wenn dieses Wahlrecht einmal, wie in Sachsen, auch im Reich geräudt werden sollte, so werde darum die Arbeiterbewegung nicht aufhören; sie werde neue Formen der Vertätigung und neue Organisationen, vielleicht schon durch den Kampf der Verteilung dieses Wahlrechts zu finden wissen. Der Parlamentarismus und das Reichstagswahlrecht sei nicht das letzte Wort der Arbeiterbewegung. Der Opportunismus sei eine Frage der konkreten Verhältnisse und sei in der Hauptsache der Schwäche der Bewegung geschuldet. Wie auf das Gothaer Kompromißprogramm das revolutionäre Erfurter Programm gefolgt sei, so werde die Bewegung, je stärker und größer sie werde, um so grundwichtiger und revolutionärer auftreten können und, wenn sie in eine Revision ihrer Grundanschauungen eintrete, könne diese nur in der Richtung einer noch schärferen Herausbildung des ursprünglichen, revolutionären Sozialismus erfolgen. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, und da niemand sich zur Diskussion meldete, wurde die Versammlung geschlossen.

Im Sozialdemokratischen Verein A.-Ost

sprach am Freitag Redakteur Jaedl über die Ueberwindung des Revisionismus. Seine Ausführungen bewegten sich in der Hauptsache in derselben Richtung wie in der Versammlung in der inneren Stadt. Nach dem Vortrag, der beifällig aufgenommen wurde, wurde noch ein Komitee von 24 Personen zum Programm des am 10. August im Abtragenden stattfindenden Sommerfestes des Vereins gewählt. Jeder der sechs Vorort- des Vereins ist mit 4 Mitgliedern im Komitee vertreten.

Öffentliche Holzarbeiter-Versammlung.

Ueber die Bedeutung der Gewerkschaft im Emancipationskampf des Proletariats referierte Kollege Leitz-Gamburg. Die zwei Hauptwaffen in diesem Kampf seien die Partei und die Gewerkschaft. Die früher bestandene Ansicht, das Volk müsse vor Befreiung des Massenstaates erst dem Pauperismus verfallen, sei zurückgebrängt worden und die wirtschaftliche Organisation zur Erringung besserer Verhältnisse innerhalb des Massenstaates mehr und mehr zu ihrem Rechte gelangt; mitgewirkt habe die Entwicklung der Industrie. Mit Hilfe dieser doch noch jungen Organisationen ist die Lebenshaltung der Arbeiter schon erheblich gebessert worden, und je größer und finanziell leistungsfähiger diese werden, desto größer werde ihr Einfluß bei der Preisbestimmung der menschlichen Arbeitskraft. Kennend sei die Zersplitterung der wirtschaftlichen Organisationen. So sei nachweisbar die Gründung christlicher Gewerkschaften das Werk arbeitserfindlicher Leute. Wohl werde in einer großen Gewerkschaft nicht jeder Wunsch des einzelnen Erfüllung finden, doch sei es Pflicht aller denkenden Kollegen, sich nicht nur der Majorität zu fügen, sondern auch unter neuen Einrichtungen zur weiteren Erstarung des Verbandes mitzuarbeiten. Nach kurzer Diskussion im Sinne des Referenten berichtet der Bevollmächtigte über die Differenzen bei der Firma Wagner u. Zinkeisen. Eine angebahnte Verhandlung war nicht durchführbar, da den Vertretern der Organisation von den Fabrikanten die Thür geöffnet wurde. Darauf legten von 34 Beschäftigten 27 Kollegen die Arbeit nieder. Auf dem Arbeitsnachweis in der Packhofstraße habe er selbst gehört, wie ein Fabrikant telephonisch aufgefordert wurde, einen Arbeiter, der die Fabrik von Wagner u. Zinkeisen bereits vor der Arbeitsniederlegung verlassen hatte, wieder zu entlassen. Die Unterstützung für die organisierten Streikenden ist gesichert. Nachdem einem Redner, der das Verhalten einiger Arbeitswilliger kritisierte, vom überwachenden Beamten das Wort entzogen wurde, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die heutige öffentliche Holzarbeiter-Versammlung erklärt die Abwehrbewegung der Kollegen in der Firma Wagner u. Zinkeisen für berechtigt und verurteilt auf das entschiedenste das arbeitserfindliche Verhalten der Unternehmer sowie einiger Arbeitswilligen. — Es wurde noch auf die Erwerbung des Bürgerrechts hingewiesen sowie auf das am 15. Juni stattfindende Sommerfest der Holzarbeiter.

Wahlverein Leipzig-Stadt. Einige politische Organe sollten beschaffen werden. Partei für den 12. städtischen Reichstagswahlkreis. Vorsitzender: Reichstagsabg. Friedr. Geyer. Kassierer: Zeang. Mure. Bureau des Vereins: Gr. Poststraße 14 (Wahlhaus Stadt Gotha). Wöchentl. Beitrag 10 Pf.

Gratis-Zusätze für die Sonnabend-Nummer werden nur bis Freitag mittag angenommen.